

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung hinter Kreuzband M. 1,90.

Verleger: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreigespaltene Beilage oder bereit Raum 80 A.

Maurer Deutschlands! Weht Euer Reichstagswahlrecht aus! Wählt wahre Volksvertreter! Wählt Sozialdemokraten! Nieder mit den Volksfeinden! • Nieder mit den Brotwürdlerern!

Inhalt: Ziel und Kampf. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Jahresberichte der Gauverbände: Gau Lübeck. Berichte. Verbot oder Reform der Alfordarbeit? — Zentralkrankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Neue Bücher.

Ziel und Kampf.

Gern und mit Freuden bekennen wir überall und zu jeder Zeit, daß wir es auch als Gewerkschafter für unsere Pflicht halten, unter unseren Verbandskollegen politische Aufklärung im Sinne der Sozialdemokratie zu verbreiten. Nicht allein dadurch soll es geschehen, daß wir an der Hand unumstößlicher Tatsachen nachweisen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die die Arbeiterinteressen ehrlich und konsequent vertritt, sondern es sei auch, und gerade in der jetzigen Periode heftigster politischer Kämpfe, darauf hingewiesen, daß der ganze Ideengehalt des demokratischen Sozialismus von dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufgenommen werden muß, weil er sowohl Konsequenz wie Voraussetzung des gewerkschaftlichen Kampfes ist. Die Gewerkschaften sind nicht in dem enghörigen Sinne aufzufassen, daß ihre Aufgaben mit der Erhöhung des Lohnes etc. erschöpft seien; nein, wahrlich nicht. Sie sind als ein integrierender Teil der modernen Arbeiterbewegung aufs innigste mit deren Bestrebungen und Zielen verbunden. Was die Arbeiterbewegung als Ziel erstrebt, das muß auch ganz natürlich von den Gewerkschaften propagiert und gefördert werden.

Das Ziel der neuzeitlichen Arbeiterbewegung ist der demokratische Sozialismus, ist die Neuorganisation von Staat und Gesellschaft nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit unter umfassendster Anteilnahme des ganzen Volkes an der Leitung und Verwaltung des Gemeinwesens. Dies Ziel ist nicht künstlich geschaffen, es ist nicht ein Produkt phantastischer Spekulationen, es ist nicht aus dem Haupte eines einzelnen Mannes entstanden: es ist das Ziel der historischen Entwicklung. Die Geschichte aller menschlichen Kultur zeigt, daß die Entwicklung diesem Ziele zustrebt. Wir sehen zwei Hauptströmungen dieser Entwicklung, die eine umfaßt die politischen, die andere die wirtschaftlichen Formen des menschlichen Zusammenlebens, und beide in einer steten und innigen Wechselwirkung, eine die andere befruchtend und beeinflussend. In dem ewigen Wechsel der politischen Formen aber sehen wir, wie sich das demokratische Prinzip immer mehr durchsetzt. Die Feudalzeit mit ihrer großen Anzahl kleiner und großer, geistlicher und weltlicher „Herren“, mit ihrer grenzenlosen Willkür, ihrer Rechtslosigkeit der breiten Masse des Volkes muß dem absoluten Fürstentum Platz machen, das, obgleich es im innersten Wesen durchaus undemokratisch ist, doch gegenüber der Feudalzeit einen Fortschritt darstellte. Aber das demokratische Prinzip ließ seiner nicht spotten, ob man es auch in Strömen von Blut zu ersticken versuchte, es tang sich durch, es zertrümmerte

das absolute Fürstentum. An die Stelle des Absolutismus trat die Konstitution, der Parlamentarismus in seinen verschiedenen Abstufungen, deren höchste wir heute in England und Frankreich haben, während wir in Deutschland noch halb in der autokratischen Regierungsform stecken. Doch auch hier ist eine höhere Form, eine entwickeltere Demokratie nur eine Frage der Zeit. Das demokratische Prinzip wird und muß sich durchsetzen, es ist das Ziel unserer staatlichen Entwicklung.

Was das demokratische Prinzip in den politischen Formen bedeutet, das ist der Sozialismus für das wirtschaftliche Leben. Sozialismus bedeutet Vergesellschaftung, Uebernahme der wirtschaftlichen Funktionen durch die Gesellschaft, durch den Staat. Hier vollzieht sich in der Geschichte eine ähnliche Entwicklung, wie sie vorher bei den Regierungsformen beschrieben worden ist. Die ersten festen staatlichen Gebilde hatten fast nur den Schutz der Grenzen gegen äußere Feinde zum Zweck. Je mannigfaltiger das Leben wurde, um so mehr Funktionen mußte der Staat übernehmen. Zur Landesverteidigung kam das Verkehrswesen, das Unterrichtswesen, Seuchenbekämpfung, Münzwesen usw. In neuerer Zeit kam hinzu die Uebernahme des sozialen Versicherungswesens durch den Staat. So erobert sich das sozialistische Wirtschaftsprinzip immer größere Gebiete, und es wird sein Ziel finden in der völlig sozialisierten Wirtschaftsordnung, die in Verbindung mit der demokratischen Staatsform Freiheit, Bildung und Wohlstand für alles bietet, was Menschenanliegen trägt.

Das ist das „Endziel“ der internationalen Arbeiterbewegung! Nicht mehr soll, was in der Erde und auf der Erde ist, den Ausbeutungsgelüsten einer herrschenden Klasse überlassen bleiben, sondern es soll, unter die Verwaltung des ganzen Volkes und seiner freigeählten Organe gestellt, den Interessen der Gesamtheit dienlich gemacht werden. An die Stelle des kapitalistischen Wirrwarrs und der klassenstaatlichen Knechtschaft soll sozialistische Ordnung und wahrhaft demokratische Freiheit treten. Dies Endziel leimt und treibt in den Dingen der gegenwärtigen Welt und in den Köpfen der menschlichen Massen. Der Sozialismus ist das große politische Volkslied unserer Zeit, von tausend großen und kleinen Gelehrten kommentiert und von tausend phantastiebegabten Dichtern in Kunstform gebracht — aber sein eigentlicher Träger ist kein einzelner, sondern die Gesellschaft, das Volk, die Masse. Wo Kapitalismus und modernes Proletariat ist, da ist der Sozialismus mitten unter ihnen.

Und darin liegt nicht nur die ideoelle Bedeutung, hier ist auch die Wurzel aller politischen Erfolge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Die Politik aller anderen Parteien und Klassen ist, soweit sie sich nicht auf ein jähes Festhalten am Bestehenden beschränkt, eine Reihenfolge von unsicheren Experimenten; ihr fehlt das Fundament einer wissenschaftlich gegründeten Weltanschauung. Was die Gegner der Sozialdemokratie ihre „Realpolitik“ nennen, beruht auf kurzfristiger Anschauung nächstliegender Einzelheiten, nicht auf wissenschaftlich geordneter Erfassung des Ganzen. Ihre ganze Weisheit erschöpft sich in Kompromissen und Konzeptionen.

Nur die Sozialdemokratie legt an das Bestehende den Maßstab ihrer gewaltigen volksbewegenden Endziel-idee, und darum ist sie nicht bloß die Partei der Kritik, sondern auch der großzügigen und tiefgreifenden Reform. Wie ernst es ihr mit ihren Reformbestrebungen ist, beweist ihr Programm, womit sie in den jetzt neu zu wählenden Reichstag eintritt. Die Sozialdemokratie wird, wie bisher, so auch im neuen Reichstag eintreten

- für die Erhaltung und Erweiterung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und seine Ausdehnung auf die Frauen;
- für ein demokratisches Vereins- und Versammlungsrecht ohne Ansehen der Person;
- für die Sicherung und Vervollkommnung des Koalitionsrechts und seine Ausdehnung auf die Landarbeiter;
- für einen gesetzlich fixierten Normalarbeitsstag von höchstens 10 und allmählicher Einschränkung auf 9 und 8 Stunden für alle Arbeiter;
- für Erweiterung des Arbeiterschutzes und Beschränkung der Sonntags- und der Nachtarbeit auf das technisch absolut Notwendige;
- für Schutzgesetze für die Heimarbeiter;
- für ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter und Arbeiterkammern;
- für ein Reichsberggesetz mit ausreichenden Schutzbestimmungen für die Bergarbeiter;
- für ein einheitliches deutsches Arbeiterrecht;
- für Erweiterung, Vereinfachung und höhere Leistungen der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung;
- für Verbesserung der Gewerbeinspektion unter Heranziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeiterinnen;
- für Sicherung der Meinungsfreiheit und freien Betätigung der politischen und religiösen Ueberzeugung in allen Lebensstellungen, insbesondere auch für die Beamten und Militärpersonen, die ferner nicht Staatsbürger zweiter Klasse sein sollen;
- für Sicherung vor Beamtenwillkür und für Sicherung einer unparteiischen Rechtspflege;
- für die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche;
- für vollste Freiheit des religiösen Bekenntnisses;
- für die stufenweise Herabsetzung und schließlich gänzliche Beseitigung der Zölle und Steuern auf notwendige Lebensmittel;
- für Beseitigung der Einfuhrbeschränkungen auf die Einfuhr von Vieh und Fleischwaren unter Aufrechterhaltung zweckmäßiger, aber nicht schikanöser sanitärer Kontrollmaßregeln;
- für Aufhebung der Zölle auf Futtermittel;
- für die Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer für alle Einkommen von über M. 5000 im Jahr; für die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer für alle Vermögen über M. 50 000 und für sehr erhebliche Erweiterung der Reichserbschaftsteuer;
- für die allmähliche Umwandlung des stehenden Heeres in eine Volkswehr auf demokratischer

Grundlage, angebahnt auf der militärischen Erziehung der gesamten männlichen Jugend; gegen die unsinnigen Flottenrüstungen; für eine auswärtige Politik, die die Versöhnung und Verbrüderung der Völker zum Ziele hat, und Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch einen aus Vertretern der Kulturnationen zusammengesetzten Areopag (Gerichtshof); für Förderung der internationalen Kulturinteressen durch Gründung eines internationalen Parlaments; gegen eine geldfressende Kolonialpolitik, durch die die Eingeborenen ihres Eigentums gewaltsam entledigt, unterdrückt und ausgebeutet werden, und die Skandale schlimmster Art im Gefolge hat; gegen die Liebesgabenpolitik; endlich: für schärfste Kritik und Bekämpfung aller Mißbräuche, Ungerechtigkeiten und Mißhandlungen, wo immer sie vorkommen.

Diesem Aktionsprogramm können wir freudig zustimmen, für seine Verwirklichung wollen wir nachdrücklich eintreten, sowie wir immer für das Recht der Arbeit und den kulturellen Fortschritt eingetretet sind.

Mauer Deutschlands! Noch zehn Tage trennen uns vom 25. Januar, vom Tage der Reichstagswahl. Diese Wahl wird entscheiden, welches Gepräge die Reichspolitik in den nächsten Jahren haben wird. Wird die Wahl ein Triumph der Reaktion werden, dann wehe der Arbeiterschaft, wehe den Gewerkschaften. Dann wird eine Politik eingeschlagen werden, die uns politisch zu Heloten macht und wirtschaftlich noch schwerere Lasten auferlegt, als wir sie heute an den Folgen der Fülle und Grenzabperrungen schon zu tragen haben. Das jungerliche und industrielle Scharfmachertum würde eine neue Zucht ausgefegert herbeiführen, um jede freie Regierung der Arbeiterschaft zu erschöpfen und schwärzeste Reaktion würde auf allen Gebieten herrschen. — Aber erst hat das deutsche Volk das Wort. Es hat sein Schicksal in der Hand. An uns liegt es, die große indifferente Volksmasse, die bisher noch im Geirand der völkerverräterischen bürgerlichen Parteien einhertrötelte, aufzuklären über die wahre Natur und Bedeutung des Wahlkampfes. Verbandsfollegen! Tut eure Schuldigkeit in dieser hochernsten Zeit, arbeitet, wo und wie ihr könnt im Sinne der Arbeiterschaft. Ein organisierter Arbeiter kann in Wahrung seiner Interessen nicht anders wirken als im Sinne der Sozialdemokratie. In deren Dienst stellt sich jeder. Haben die Mauer bisher als tüchtige Streiter auch im politischen Kampfe gegolten, so soll das in Zukunft nicht anders sein. **Darum hinein in den Wahlkampf, für Freiheit und Fortschritt auf allen Gebieten! Glückauf zum herrlichen Siege!**

Neue Bücher.

II. Ob. Bernstein: Der Streit.

Als viertes Heft der „Sozialökologischen Monographien“ ist das Buch „Der Streit“ von Ob. Bernstein erschienen. Bernstein ist als aufmerksamer Beobachter des Wirtschaftslebens, insbesondere der gewerkschaftlichen Kämpfe, und als einer der kritischsten Köpfe der deutschen Sozialdemokratie hinlänglich bekannt, so daß man sich mit der Person des Autors nicht erst zu befassen braucht. Es ist ein Kenner der Dinge, der in diesem Buche, das dem Dr. L. Arons, dem Mitbegründer des Berliner Gewerkschaftshauses gewidmet ist, zu uns redet. Nicht der Kenner eines engen beruflichen Ausschnittes, dessen Blick sich naturgemäß auf die speziellen Interessen seines Berufs beschränkt, sondern der Kenner des gewerkschaftlichen Lebens insgesamt, der in der Fülle der Geschehnisse das Wesentliche, das Wichtigste erkennt und zu gewissen Richtungsleitlinien imitriert. Dabei hütet sich Bernstein vor dem Schematisieren; er weiß, daß die Mannigfaltigkeit der wirtlichen Welt das nicht zulaßt.

Das erste Kapitel erläutert Begriff, Wesen, Alter und Zweck des Streits. Das Wort Streit stammt aus der englischen Sprache; to strike work — die Arbeit mit Nachdruck niederlegen. In Deutschland sprach man zuerst auch von „Streit“. Als 1898 die Zimmerer in Berlin streikten, benutzte das ein Coupletänger zu folgendem fragwürdigen „Witz“. Die Frauen brauchen sich nicht mehr mit streiden zu quälen, jetzt streiden ja gar schon die Zimmergefallen. Interessant sind die Darlegungen, die Bernstein über die Bedeutung des Streits in der Geschichte macht. Zu allen Zeiten war der Streit stets nur als Unterbrechung, nie als Lösung des Arbeitsverhältnisses gedacht. Er richtete sich also nie gegen das Arbeitsverhältnis an sich, sondern gegen einzelne besonders schwer drückende Mißstände. Sein Zweck ist, PreSSION, daraus ergibt sich, daß er in vielen Formen und aus vielen Anlässen auftreten kann. Die PreSSION braucht nicht immer darin zu bestehen, daß man dem Gegner materiellen Schaden zufügt, sie kann auch als eine härtere Form der Willenshindeutung rein moralisch wirken wollen. Ein Beispiel dafür ist der Hungerstreik, wie er von russischen Gefangenen häufiger ange-

Wirtschaftliche Rundschau.

Die letzte Diskontenerhöhung. — Die zweite und dritte Dezemberwoche für die Reichsbank. — Das abweichende Bild Frankreichs, Goldprämissen gegen das Ausland? — Geminnung der Anstreiber an der Wirt.

Am 18. Dezember hat die Reichsbank in der Tat ihren Diskont von 8 auf 7 pZt. erhöht. Und wer weiß, ob trotzdem die Verlegenheiten unserer deutschen Zentralnotenbank nicht noch weiter gediehen sein würden, wenn England nicht an seinem Bankfuß von 6 pZt. hätte festhalten können, was hauptsächlich durch französische Ausfälle ermöglicht wurde. In der beschließenden Sitzung des Berliner Zentralausschusses führte Dr. Koch aus: die Lage der Bank sei Mitte Dezember noch niemals so schwach gewesen wie im laufenden Jahre; statt der um diese Zeit gewöhnlichen steuerfreien Notenreserve habe sich vorzeitig — bereits ein steuerpflichtiger Notenumsatz von 99,19 Millionen Mark herausgebildet; noch 1905 habe die Notenbedeckung in der gleichen Periode 64,9 pZt. betragen, jetzt sei sie auf 53,6 pZt. herabgefallen.

Diese Angaben beruhen auf der Wochenübersicht vom 15. Dezember. Für die dritte Dezemberwoche kann nach vierjähriger aller Erfahrung eine Verschlechterung des Standes als normal gelten, weil alsdann schon die allseitigen Vorbereitungen für die Zahlungshäufungen am Jahresabschluss beginnen, um in der letzten Dezemberwoche ihren Gipfelpunkt zu erreichen. Abermals überbot darin die diesjährige dritte Dezemberwoche ihre Vorgänger. Am 22. Dezember 1906 betrug die Bank mit 191,8 Millionen Mark in der Steuerpflicht, während vor Jahresfrist noch immer A 897.000 und vor zwei Jahren gar 187,5 Millionen Mark steuerfrei waren. Die Schwächung des Status beredete sich in der dritten Dezemberwoche 1906 auf 92,61 Millionen Mark, dagegen 1905 nur auf 64 Millionen Mark und 1904 auf 72,7 Millionen Mark. Nur die Lohnbedeckungen wurden durch den hohen Diskont etwas eingeschränkt (am 22. Dezember 8,2 Millionen Mark weniger als am 15. Dezember), die Wechselanlage stieg weiter in der dritten Dezemberwoche um 78,8 Millionen Mark (entsprechend 1905 um 76,5 Millionen Mark, 1904 um 36,8 Millionen Mark, 1903 um 56 Millionen Mark). Während man Ende der dritten Dezemberwoche 1905 einen Metallvorrat besaß von 886,9 Millionen Mark, 1904 von 1014 Millionen Mark, 1903 von 878 Millionen Mark, verfügte man diesmal nur über 735,7 Millionen Mark. Umgekehrt hatte sich gleichzeitig die Wechselanlage gestellt auf:

1903.....	M.	926708000
1904.....	„	813919000
1905.....	„	1031745000
1906.....	„	1189573000

An der Hand des obigen Ausweises — heißt es in der bankoffiziellen Zeitungsmittteilung — läßt sich die Anspannung, der die Bank zum Jahresabschluss ausgelegt sein wird, schon heute auf eine, Steuerpflicht von rund 550 Millionen Mark schätzen; betrug doch die Verschlechterung des Status in der letzten Dezemberwoche der Jahre 1905 und 1904 je etwa 300 Millionen Mark, und so hoch wird man sie diesmal mindestens tagieren müssen. Es ist also zu erwarten, daß die Bank Ende 1906 so hoch wie noch nie an einem Jahresende in die Steuerpflicht geraten wird. Die abnorm hohe Überforderung vom Ende September d. J., die sich auf 505 Millionen Mark belief, wird vorläufiglich überschritten werden.

Diese Anspannung ist, wie oft an dieser Stelle geschrieben, international, weil die Ursache — der allgemeine Wirtschaftsaufschwung mit seinem gesteigerten Zahlungsmittelbedarf und seinem enorm erhöhten Kreditanspruch — international ist.

Von den eigentlichen Großbanken bietet nur Frankreich ein abweichendes Bild, teils wegen seiner lang-

sameren industriellen Entwicklung, teils wegen seiner eigenartigen Diskontpolitik; die es ihm von jeher gestattet, ausländische Goldanleihe mit besonderen Zusätzen (der sogenannten Goldprämie) zu treffen, und dadurch den fruchtlichen französischen Goldfuß den Rücksichten von außen mehr zu entziehen, als das Staaten von der sommerlichen Weltstellung Englands und Deutschlands so leicht tun können. Trotzdem ist auch in England eine starke Strömung erwacht, die ausländischen, z. B. den amerikanischen, Goldentnahmen für vermeintlich rein spekulative Zwecke größere Hindernisse als bisher bereiten möchte. In Deutschland sind ähnliche Stimmen schon seit Jahren laut geworden, und soeben wendet sich im „Bankarchiv“ Helfferich wieder gegen die Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes: die Goldentnahmen aus unserer Reichsbank geschähen bei uns vorwiegend für das Ausland; nach dieser Seite seien also Diskontenerhöhungen unbedeutend, um einer Währungsanpassung nach Kräfte vorzubehalten. Wir erwähnen diese Erörterungen in der notwendigen Geprägung der Bankleistungsfähigkeit nur, weil sie kennzeichnend sind für die internationale Wirtschaftsexpansion, die den allgemeinen atemlosen Wettlauf nach Zahlungsmitteln und Kreditmitteln erst hervorgerufen hat.

Manche angehende bürgerliche Mütter glauben eine gute Seite des angabenernden Diskonthochstandes tonisieren zu können: der leichtfüßigen Kustereibereien an der Börse sei dadurch rechtzeitig ein Weisgewicht angehängt worden; die Störungen durch spätere Kurszusammenbrüche würden sich deshalb für den Produktionsorganismus in Zukunft kaum so bemerkbar machen wie in der Vergangenheit und nach den bisherigen Krisenerfahrungen. Wir legen solchen Wahrheitsentstellungen keine allzu große Bedeutung bei, weil die spekultativen Erzfesse jeden Augenblick von neuem beginnen können und weil die angeführten Trostgründe wesentlich nur aus deutschen Beobachtungen abgeleitet sind — in den Vereinigten Staaten z. B. ist nichts von den Hemmnissen des Börsenschwundels zu bemerken. — Tatsache ist jedoch, daß an der Berliner Börse viele führende Werte mit niedrigeren Kursen schließen als im Vorjahre 1906 und sogar als im Jahre 1904. Wir führen an:

	2. Januar 1906	28. Debr. 1906
Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft.....	222,—	213,80
Siemens & Halske.....	167,—	161,70
Bochumer Gußstahl.....	249,75	241,20
Rheinische Stahlwerke.....	205,60	199,10
Hortmunder Union O.....	102,25	84,—
Laurahütte.....	219,20	242,60
Deutsches-Lingebürger Bergw.....	267,80	196,—
Kattowitzer Bergbau.....	216,25	200,50
Deutsche Waffen- und Munitionsfabr.....	313,50	300,60
Edering-Chem. Fabrik.....	311,—	301,—
Berlin-Anhalter Maschinenfabrik.....	227,—	216,50
Hamburg-Amerika-Linie.....	166,20	167,10

Nicht einmal die großen Banken haben Kursabstürzungen vermeiden können, da das Emissionsgeschäft, die profitable Anwerbung neuer Werte, unter dem hohen Zinsfuß litt, so notierten:

	Am 2. Januar 1906	Am 28. Debr. 1906
Kommerz- und Diskontobank-Aktien.....	123,50	121,40
Darmstädter.....	149,10	140,—
Deutsche Bank.....	243,90	242,10
Disconto-Kommandit.....	190,80	185,60
Dresdner Bank.....	166,—	158,26
Mitteldeutsche Kreditbank.....	122,60	121,20
Nationalbank für Deutschland.....	131,25	132,40
Schaaffhausen'scher Bankverein.....	164,80	157,80

wendet worden ist. Im zweiten Kapitel wird der Streit unter dem Gesichtspunkte der Ausdehnung behandelt. Bernstein geht hier den höchst beachtenswerten Erscheinungen nach, die sich im Verlaufe der letzten Jahre gezeigt haben; doch kann im Rahmen einer Besprechung hier nicht näher darauf eingegangen werden. Die Ursachen der Streits werden in sehr eingehender Weise dargelegt, besonders der Wandel, der sich in dieser Beziehung im Laufe der Zeiten vollzogen hat. Während es früher oft Ursachen waren, die uns heute nahezu nichtig erscheinen, haben die Streits der Gegenwart fast ausschließlich die Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen zur Ursache. Sehr häufig haben sich die Arbeiter gegen die Einführung arbeitsparger Maschinen gewandt, was heute gar nicht mehr vorkommt, wohl aber kommen heute Streits vor, die die Neueinführung von vervollkommneten Maschinen zum Zwecke haben. In dieser Darstellung der Geschichte des Streits liegt ein Stützpunkt der Geschichte der Arbeiterklasse überhaupt; sie spiegelt die Summe ihrer Leiden, ihrer Einsicht, ihrer Macht im Wandel der Zeiten wider. In dem Abschnitt „soziale Form und Entwicklung des Streits“ schildert Bernstein diese Zeiten, wenn auch in gedrängter Kürze, bis auf das Zeitalter der modernen Gewerkschaften, die er uns selber als freiliegendere Gebilde vorführt. Aber die Gewerkschaften fangen an, den Charakter des Nur-Streitsvereins mehr und mehr abzustreifen — nicht den Charakter der Klassenkampforganisation — sie selber tragen in ihrer Entwicklung zur möglichst vollen Macht ein streitbühnendes Moment in sich, das eben in ihrer höheren Macht begründet ist. Sie schaffen ein höheres Niveau des Klassenkampfes.

Auf diese Weise wird der Streit erfolgreicher und damit zugleich seltener, um schließlich, wie heute in den meisten Ländern der Krieg, nur noch die Rolle der ultima ratio zu spielen, d. h. mehr als latente Kraft, denn als in dieser Funktion versetzte Waffe zu wirken, und neben ihm wird von immer größerer Bedeutung der Tarif- und je nachdem auch der Schweregefahrvertrag.

In diesem Sinne verwertet Bernstein die Statistik des Metallarbeiterverbandes über Streits und friedliche Lohnbewegungen von 1904 und 1906, die eine Ueberrisgen der „friedlichen“ Bewegungen ergibt; er hätte auch mit dem selben Resultat die Statistik unseres Verbandes benutzen

können. Von höchstem Interesse ist die Gegenüberstellung der Bewegungen des Lohnes mit und ohne Tarifverträge. Bei Abwesenheit von Tarifverträgen „haben wir bei jeder Remittanz ein höheres Steigen, aber jede Krise hat auch schmerzlicher und härteren Lohnrückgang zur Folge“, als bei tariflich geregelten Zuständen. „Dort haben wir eine jährliche Rückgangsbewegung, hier eine langsame, zwar gleichfalls Unterbrechungen aufweisende, aber sich doch mit immer stärkerer Beharrlichkeit ausprägende Aufwärtsbewegung.“ Welcher Bewegung da der Vorzug zu geben ist, bedarf wohl kaum der Erörterung.

Es läßt sich natürlich im engen Rahmen einer Rezension nicht alles herbeiziehen, was bemerkenswert an dem Bernsteinischen Buche ist, doch sei einiges wenigstens noch kurz angedeutet. Bekanntlich sollen sich nach traditioneller Anschauung die englischen Gewerkschaften seit Jahren auf dem Fallbüttel herumwälzen, wo hingegen die deutschen Gewerkschaften sozusagen vom Streitsieber befallen sein sollen. Durch Gegenüberstellung der einschlägigen Zahlen zeigt Bernstein, was Wahres an dem Gerücht ist. Was der Verfasser über die Taktik bei Streits sagt, ist gleichfalls mit vielem Nutzen zu lesen, wenn er zum Teil auch nur in besonderer Form das befragt, was unsere Gewerkschaftspresse seit Jahr und Tag vertreten hat. Jedoch werden wir in diesem Kapitel mit einer uns fremden Art des Streits bekannt gemacht, mit dem „Strike in detail“, wie ihn die Engländer nennen. Der „Strike in detail“ ist nicht gleichbedeutend mit Einzelstreits (Sperrern). Bernstein überläßt die Bezeichnung mit „Aufstellungsstreik“. Hierbei findet kein Massenaustritt statt, sondern „bloß ein systematisches Aufstellen der Arbeit. Die Arbeiter kündigen ihre Stellungen, andere lassen sich einstellen, kündigen aber hinterher auch, und dies geht so fort, bis die Unternehmer merken, daß sie kein leistungsfähiges Personal zusammenbekommen, ob sie nicht die Forderung anz oder teilweise bewilligt haben.“

Die Kosten des Streits betrachtet Bernstein von drei Gesichtspunkten, nämlich von dem der Arbeiter, der Unternehmer und dem der Volkswirtschaft. Obwohl wir den Verlust, den wir mit unseren Streits der Volkswirtschaft — ein in dieser Beziehung sehr debenhbarer Begriff — zufügen, im allgemeinen sehr wenig berücksichtigen können, ist diese Frage in der öffentlichen Diskussion doch öfter

Viele Terraingesellschaften, vor allem im Berliner Wohn- und Geschäftsbereich, haben sogar schon einen recht empfindlichen Rückschlag hinter sich. Wie erwähnt:

Table with 3 columns: Name of the company, and two columns of numbers (likely prices or shares). Includes entries like 'Terraingef. Berlin-Südwest', 'Terraingef. Neuer Botan. Garten', etc.

Doch sieht man gerade aus den letzten Ziffern, daß die botanische Lieberpeltation und Kurstreiber keine geringe war; man kann also aus solchen Ziffern höchstens den einen Trost schöpfen, daß die Kursteilhaber sich diesmal über einen längeren Zeitraum verteilen und deshalb nicht die gleiche Panik erzeugen werden, als wenn sie sich massenhaft auf den gleichen Zeitpunkt konzentrierten. Wieder bei anderen Unternehmungen liegen außerordentliche Beemflüssungen der Kurbewegung vor: so bei der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft, das Aufkaufen von großen Fusionsplänen, die später in Reibel zerfielen - bei anderen Betrieben das frühere Geraden allezu hoher Dividenden. Wieder andere Aktiengesellschaften hielten sich im Kurs glänzend gegen das Vorjahr: so mehrere chemische Fabriken, viele Bergwerke (Konsolidation am 2. Januar 413,50, am 2. Dezember 480), die schlesischen Zinkhütten.

Zuallererst mag ein Körnchen Wahrheit darin liegen, daß für den späteren Krisenverlauf die vorangegangene Kursthemung nicht ungünstig ist: ein Sonderherd der Panik ist bis zu einem gewissen Grade eingegrenzt und ausgeglichen; jene Zahlungs- und Kreditkrisen, die speziell von der Börse ausgehen und alsdann nach allen Seiten hin sich greifen und auch in das Produktionsgebiet ihrerseits hinüberschlagen, sind nicht in gleicher Stärke wie sonst zu fürchten - wenn es bei der Zurückhaltung bleibt. Die eigentliche Entscheidung fällt natürlich nach wie vor in die Hände der Produktion. Hier ist auch heute noch nichts an dem alten, dem Leser wohlbetannten Bild der Prosperität geändert.

Berlin, 30. Dezember 1906. Mag Schypfel.

Erntergebnisse für Preußen. Die nach den Ernteberechnungen der Landwirtschaftskammer ermittelten Ziffern teilt die 'St. Corrad' mit; in seiner Sommernummer mit. Demnach wird im letzten Jahre das jährliche Mittel überstiegen. Es wurden mehr gewonnen als im Durchschnitt der Jahre 1896-1905: an Weizen und Roggen 33,7, an Weizenheu 25,3, an Hafer 25,1, Sommerernte. Das Mehr an Sommerernte beträgt 18,3, an Sommerweizen 15,1, an Winterernte 10,8, an Sommerernte 10,2, an Kartoffeln 8,7, an Winterernte 6,1 pZt. Die Gesamtmenge an Getreide betrug im Berichtsjahre 17 271 000 Tönnen gegen 15 629 000, die Ernte insgesamt 22 849 000 Tönnen gegen 20 402 000 im Jahre 1905.

Politische Umschau.

Verbandskollegen als Reichstagskandidaten.

Das Volk der Arbeit rüftet sich zum Wahlkampf. Aber wenn man unter den Namen der Kandidaten Musterung hält, wird man bei den bürgerlichen Parteien vergebens nach einem Arbeiter suchen. Der legendäre, von den bürgerlichen Parteien auf den Schild gehobene, schlichte Mann aus

von Bedeutung. Und da können Vernunftins Ausführungen sehr wohl Verwertung finden. Im Anjluß hieran (S. 99) wird die wichtige Frage erörtert, ob mit der Steigerung der Gehälter auch eine Steigerung der Reallohne verbunden sei, d. h. ob der höhere Lohn den Arbeiter in den Hand lege, auch höhere Ansprüche zu befriedigen, also besser leben könne. (Cappusarbeit!) Ein bekannter Parteischriftsteller sagte mir einmal vor einigen Jahren, daß eine Arbeitergruppe ihren Lohn stets nur auf Kosten aller übrigen Arbeiter erhöhen könne; dieser Frage wolle er einmal eine Artikelserie widmen. Ob diese Artikel erschienen sind, weiß ich nicht, aber wenn es sein sollte, so werden sie höchstwahrscheinlich auf der Kalkulation beruhen, auf der die Genossin Luxemburg ihre berühmte Cappusarbeitstheorie einst begründete und der Kernstein in seinem Buche sehr nachdrücklich auf den Leib rückt.

Unter dem Titel 'Mittel und Organe der Streikvermittlung' werden die Erfolge oder Mißerfolge unserer gewerkschaftlichen Einigungsämter, die englischen Boards of Conciliation and Arbitration, sowie die obligatorischen Schiedsgerichte der australischen Staaten geschildert. Das letzte Kapitel ist dem politischen Streit gewidmet. Der Wert des Vernunftins Buches liegt darin, daß hier, meines Wissens zum ersten Mal, alles zusammengetragen ist, was über unsere vornehmste Waffe, den Streit, zu sagen ist. Wer es gründlich gelesen hat, wird es nicht unbefriedigt aus der Hand legen. Für unsere tägliche Arbeit ist es von erheblicher Brauchbarkeit, die dadurch erzielt wird, daß es einen eleganten Stil, mit wissenschaftlichem Ernst verbindet. Zum Schluß sei hierher gesetzt, was der Autor gewissermaßen als sein Glaubensbekenntnis über die gewerkschaftlichen Streitigkeiten schreibt:

Der Streit als Massenerscheinung wird verschwinden, die der Krieg, der auf gewissen Kulturstufen der Normalzustand war, als Massenerscheinung verschwinden ist. Tarifverträge, Tarifämter, Schiedsgerichte sind die Vorboten dieser Zukunft, aber sie sind noch nicht die Zukunft selbst. Und wir werden dieser Zukunft in dem Maße näher kommen, als sich die Arbeiterchaft die Wissenschaft des Streiks aneignet, sich für die Praxis des Streiks einzufachungen befreit, denen es heute noch in Deutschland und anderwärts unterworfen ist.

der Werkstat! bleibt und bleibt trotz aller Wünsche und Anstrengungen eine Seltenheit. Sie werden sich schon finden, die Nationalliberalen, die Zentrumsleute, Arbeiter in den Reichstag zu schicken! Was ist hier als Wasser! Arbeiter könnten den Herren sehr unbedeuten Fraktionskollegen werden. Wer Arbeiterkandidaturen sehen will, muß die Kandidatenlisten der sozialdemokratischen Partei nachschlagen, wo anders sucht er sie vergebens. Und das ist gut so. Es wird dadurch aller Trug, aller falsche Schein vermieden. In dem Verlaufe des Reichstagskandidaten offenbart sich am deutlichsten der Klassencharakter der einzelnen Parteien. Bringen, Grafen, Barone, Kommerzienräte, Professoren, Bürgermeister, Grundbesitzer, Fabrikanten, Justiz- und andere Räte, das sind die Rangvollen Titel, die wir bei den Kandidaten aller bürgerlichen Parteien finden. Wo finden wir den einfachen Proletariat, den Arbeiter des Bergwerkes, des Bergbaues, der Metall-, Holz-, Textil- und Lederindustrie, wo den Arbeiter der großartigen und anderen Berufe? Wo den Arbeiter schlichtweg als Reichstagskandidaten?

Bei den Sozialdemokraten, nirgend anders!

Unter den diesmaligen Kandidaten ist auch unser Waureber recht stattlich vertreten. Soweit unsere Kenntnis reicht, kandidieren zur Reichstagswahl folgende Verbandsmitglieder:

Table listing candidates for Reichstag election by district. Columns include Name, District, and Party affiliation. Includes names like 'Kölle', 'Fritsch', 'Porter', etc.

Unsere Verbandskollegen in diesen Wahlkreisen haben also doppelte Ursache, für den Erfolg der Reichstagswahl zu wirken. Die Leute, die diesen Kollegen bei der Wahl gegenüberstehen, sind ausnahmslos Angehörige der besitzenden Klassen, zum Teil Brotmacher und Schatzmacher vom reinen Wasser. Einzige im Wahlkreise Dortmund hat sich das Zentrum mit süßlicher Miene dazu begemmen müssen, einen Arbeiter, den Vorsitzenden des örtlichen Bergarbeiterverbandes, Joh. Effert, aufzustellen. In diesen Kreisen muß besonders von unseren Verbandskollegen mit hingebendem Eifer gearbeitet werden. Bisher wurde das so wichtige Vorgebirge mit seinen vielen hunderttausend Arbeitern nur vom Kollegen Bömelburg im Reichstage repräsentiert; hoffen und schaffen wir, daß ihm in neuen Reichstage tatkräftige Hilfe zur Seite steht. Darum: an die Arbeit!

Als ein Kuriosum führen wir die Auslastung eines Zentrumsblattes aus dem Kreise Dortmund an, wo die Klerikalen unterem Kollegen Bömelburg den Zehnjährigerverein vorstehenden Eifer gegenüberstellen. Die 'Trennung' schreibt: 'Wo hat Herr Bömelburg seinen Wegfähigkeit nachweislich im Reichstage erbracht? Herr Effert steht doch den Herrn Bömelburg zehnmal in die Tasche, was Intelligenz und Redegewandtheit angeht.'

Das ist denn doch gar zu schnurrig! Und ausgerechnet, dieser Effert soll Herrn Bömelburg zehnmal in die Tasche stecken! Effert, der jahrelang gehoramt unter dem Tische saß, wenn der 'große' August West oder sein voluteses Tschierlein die 'ganze Bande auf den Schwingen trug!'

Doch schließlich kann auch etwas Humor nicht schaden, selbst nicht, wenn er wie hier, unfreiwillig ist.

Herr Wilhoms Wahlparole. 'Wählohilf!' Das Stöckel des Freilugels in der bekannten Oper ist: 'Ganiel hilf!' Unsere reaktionären Parteien, die im jetzigen Wahlkampf die bürgerliche Sozialdemokratie zur Strecke bringen möchten, haben keinen Sammel, der ihnen helfen könnte. Aber sie haben in Berlin einen leitenden Staatsmann, nicht den mythischen Fürsten der Finsternis, sondern den wirklichen Fürsten Wilkom. Zu ihm haben sich die Reichstagskandidaten besonders die Nationalliberalen und die sogenannten 'Freisinnigen' Tag für Tag inbrünstig geflüchtet: 'Wilkom hilf!' Er sollte die 'Wahlparole' geben; den Wählern sagen, wie, warum und wo für und gegen wen denn nun eigentlich gekämpft werden sollte.

Schon die Tatsache an sich, daß die reaktionären Parteien sich versellen und verlieren glauben, wenn die Regierung ihnen mit solcher Deklaration nicht beipflichtet: läßt die wahrhaft empfindliche politische Charakterlosigkeit und Erdärmlichkeit dieser Parteien erkennen.

Nun, Wilkom hat volle vierzehn Tage gebraucht, aber die Sache nachzugeben. Mühte er doch vergeblich, dabei aus der für die reaktionären Verlegenheit herauszukommen, in der sich die Regierung durch die sachlich völlig unzulässige Auslösung des Reichstags gebracht hat und die durch die Unterwerfung der Vondelbarwärts in Südwestfalen noch erheblich geschärft worden ist. Endlich, am 11. November, ist dann dem leitenden Staatsmanne die Erlösung gekommen. Er hat sich hingelagert und an die Adresse des Reichsverbandes zur Befreiung der Sozialdemokratie - eine Organisation, die diese Befreiung mit Mühe und Verleumdung betreibt - eine Wahlparole geschrieben.

Es verlohnt sich nicht, den ganzen Inhalt dieses Schriftstückes hier mitzuteilen, zumal es ja durch die politische Tagespresse fast allgemein bekannt geworden ist. Wilkom knäht sich, die

Politik der Regierung und besonders ihr Verhalten in der Südwestfalen-Frage zu revidieren. Er spricht von der Notwendigkeit, die Autorität der Regierung zu wahren, damit sie über den Parteien (1) stehen könne. Als ob sie nicht immer im Bunde mit den reaktionären Parteien war, indem sie ihnen sehr weit entgegenkam. Als sie auf die wirtschaftspolitischen Forderungen der extremen Agrarier einging und ihnen zuletzt die agrarische Schutzpolitik im Wert setzte, da stand sie wahrlich nicht über den Parteien. Und auch da nicht, als sie, eingehend auf die arbeitserfindlichen Bestrebungen des Sozialmachertums, das Buchhausgesetz schaffen wollte. Immer war die Politik der Regierung eine Politik des Handels mit den reaktionären Parteien. Und sie hat sich gerade dabei, daß das Zentrum die 'regierende Partei' war und ihren Forderungen für Meer, Flotte, Kolonialpolitik usw., sowie ihren auf immer neue Verlastung des Volkes gerichteten Projekten zur Annahme verhalf, stets sehr gut gefastet.

Seiner Wahlkampfbuchung nach konnte man glauben, es sei dem Fürsten Wilkom ernsthaft darum zu tun, die konservativen und die liberalen Parteien zu einer Reichstagsmajorität zusammenzuführen, um der Zentrumsherrschaft ledig zu werden. Wir glauben nicht daran, daß er mit dieser 'Wahlparole' ernsthaft redet. Er selbst spricht ja offen aus, er glaube keineswegs daran, daß aus den Wahlen eine 'große geeinte liberale Partei' hervorgehen werde. Doch gibt er sich der kühnen Hoffnung hin, daß der 'liberale Arbeiter' und der 'konservative Landmann' im Bunde sind, 'die schwarze rote Majorität zu brechen'.

'Schwarze rote Majorität', 'Schwarze rote Partei', diese Phrasen ist ja vorher sattem in liberalen Blättern durchgedröhrt worden. Ein solches Parteilied genügt natürlich nicht. Sozialdemokratie und Zentrum sind heute noch genau so voneinander getrieben wie vor dem 13. Dezember.

Ohne Zweifel möchte Fürst Wilkom die bürgerlichen Elemente hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie aufbringen. In der ersten Linie wünscht er eine Niederlage. Köstlich ist folgende Stelle seiner Selbstbescheid: 'Obgleich die deutschen Arbeiter die bestgebildeten der Welt sind, halten doch Millionen bemußt oder als Mistläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will.'

Der Satz mag anders lauten, nämlich so: 'Weil die deutschen Arbeiter, und zwar nicht mit Hilfe, sondern trotz des entgegenstehenden Einflusses der reaktionären Gewalten und Parteien, durch das Wirken der Sozialdemokratie ein hohes Maß politischer Bildung erlangt haben; weil sie nicht mehr die Trabanten und Reaktionen der Parteien sein wollen, deshalb bekennen sich Millionen von ihnen, und am 25. Januar hoffentlich die erdrückende Mehrheit, zur Sozialdemokratie, die die Entwicklung des Staates und der Gesellschaft nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, des Volkes Recht und Freiheit und Wohlfahrt erkämpfen will.'

Das ist die Wahrheit! Also Wilkom hat gesprochen. Die konservativen und agrarischen sowie die meisten liberalen Blätter sind von seiner Wahlkampfbuchung durchaus nicht erant; sie finden, der Reichstanzler hätte besser getan, zu schweigen. Verschiedig hat er keine der bürgerlichen Parteien. Die Konservativen und Agrarier erklären offen, daß die Bundesgenossenschaft mit dem Zentrum nicht ausgehen wollen. Die 'Kreuzzeitung', das Organ der preussischen Junker, sowie das Organ des Bundes der Landwirte und andere konservativer und agrarischer Organe überließen sich in Werbungen um die weitere Bruderschaft des Zentrums. Aufammen mit der 'Schwarzen Partei' möchten sie weiter die Volkshausbestellung betreiben. Die konservativen Elemente des Zentrums sind uns unentbehrliche Helfer. So sagt die 'Kreuzzeitung' dem Reichstanzler.

Und die 'Liberalen'? Ihre Wähler jammern, daß ihnen Wilkom nicht gerecht geworden ist. Sie hatten gehofft, er werde sich 'zum Liberalismus bekennen' und den liberalen Parteien Konjessionen machen. Das hat er zu ihrem Schmerz nicht getan. Er hat das 'erbundene Wort' nicht gebrochen, ja, die Kulturkampfschritte des Liberalismus gegen das Zentrum in scharfer Weise zurückgewiesen. Er denkt nicht daran, es mit dem Zentrum den Liberalen zuzuteilen völlig zu werden.

So sind denn die 'nationalen' Parteien nach dem Wilkomischen Stil übertrieben, so langsam wie vorher. Die Sozialdemokratie aber hat für diese Ausbeutung nur ein unteiliges Vächeln. Sie braucht für eine Wahlparole nicht erst zu schaffen oder von einem leitenden Staatsmann geben zu lassen. Sie wußte vorher, wie sie die Situation zu beurteilen hat. Sie kennt ihre Feinde: die reaktionäre Regierung und die reaktionären Parteien, die Stuppe der Lebensmittellieferanten und den jämmerlichen Liberalismus, der gehofft hat, mit Hilfe der Reaktion wieder zu Macht und Einfluß zu kommen. Sie allein, nur sie darf den Wahlkampf im Namen des Volkes führen!

Der schlichte Mann aus der Werkstat. Reinhard Mumm, der Siederlinger und Mann der 'Snaatsbürger-Ztg.', will die Sozialdemokratie dadurch bekämpfen, daß er den 'nationalen Parteien' die Aufstellung von Arbeiterkandidaten empfiehlt. Die 'Tögl. Rundschau' führt aus seinem Ratschlag folgende Stellen an:

'Man denke sich die fünf Jahre einer Reichstagsperiode hindurch, auf der linken als Arbeitervertreter einen Großkonfessionall a. D., einen Rechtsanwalt a. D., einen Schwiegerohn in spe; und denke sich auf der rechten einen Garmer, einen Heizer, einen Holzarbeiter, einen Ziegeleiarbeiter, einen Metallarbeiter als fähigen und maßvollen Vertreter der Arbeiterinteressen... das gäbe ein Aufwachen in den weitesten Kreisen der Arbeiterbevölkerung, und wir könnten wohl zu einer Überwindung der sozialdemokratischen Gefahr kommen. Die sozialdemokratische Gefahr ist nicht die, daß eine Sozialdemokratie als radikale, revolutionäre Arbeiterpartei da ist, sondern die Gefahr liegt darin, daß diese Partei als die einzige Vertreterin der Arbeiterinteressen angesehen wird.'

Die bürgerlichen Parteien würden sehr lange Gesichter schneiden, wenn nicht ihnen die Zustimmung flüchte, einigen ihrer bisherigen Abgeordneten zu Gunsten von Arbeiterkandidaten den Stuhl vor die Tür zu setzen.

Es gehört die ganze antilegitime Dreifaltigkeit dazu, den Großfunktionär und Rechtsanwalt a. D. als typisch für die Sozialdemokratie hinzustellen.

Von den sozialdemokratischen Mitgliedern des aufgelösten Reichstags waren dem Verzele nach: Albrecht, Schneider; Auer, Sattler; Wandert, Stumpfenwiler; Rebet, Drechsler; Bernstein, Kaufmann; Werthold, Schmücker; Witt, Meyer; Bod, Schumacher; Bömelburg, Maurer; Wren, Schmücker; Gramer, Zimmermann; Dieg, Buchfrüder; Dreesbach, Tischler; Eichhorn, Mechaniker; Ehrhart, Kapizierer; v. Elm, Zigarettenfortierer; Edmund Fildner, Holzschmücker; Richard Fildner, Schriftsetzer; Förster, Zigarettenarbeiter; Fräpfort, Töpfer; Frohme, Maschinenbauer; Gerlich, Maschinenbauer; Geyer, Zigarettenarbeiter; Goldstein, Kaufmann; Grenz, Formner; Haberland, Schneider; Herbert, Buchdrucker; Hilbenbrandt, Schriftsetzer; Adolf Hoffmann, Berggölder; Wag Hofmann, Schriftsetzer; Horn, Glasmacher; Hü, Schloffer; Raben, Zigarettenarbeiter; Köstlin, Formner; Kühn, Schneider; Legien, Drechsler; Leide, Tischler; Lipinski, Gärtner; Maibler, Schneider; Meiß, Tischler; Meißner, Klempner; Moltenbühr, Zigarettenarbeiter; Motteler, Tuchmacher; Nützhilf, Weber; Nozke, Stornmacher; Pfannstiel, Tischler; Reichhaus, Schneider; Sachle, Schachtelmeister; Scheidemann, Buchdrucker; Schlegel, Gärtler; Schmalzfeld, Zigarettenarbeiter; Robert Schmidt, Stabierarbeiter; Heinrich Schmidt, Lithograph; Schöpplin, Hüttenmacher; Schulze, Tischler; Schwars, Formner; Silbermann, Schriftsetzer; Sperka, Sandhuhnbauer; Stolle, Gärtner; Stille, Feinbildschlagger; Tugauer, Tischler; Jubeil, Tischler.

Als Männer von bürgerlichem Herkommen kann man bezeichnen die sozialdemokratischen Abgeordneten Bloß, Schriftsteller; Dr. David, Redakteur; Ged, Redakteur; Dr. Gradwauer, Schriftsteller; Haase, Rechtsanwält; Heine, Rechtsanwält; Heesfeld, Rechtsanwält; Komet, Lehrer; Rebebour, Schriftsteller; Dr. Lindenmann, Schriftsetzer; Reuß, Redakteur; Singer, Kaufmann; Stabihagen, Schriftsteller; Dr. Südekum, Schriftsteller; v. Wollmar, Offizier; Wurm, Chemiker.

Mitlin sind Dreiviertel der bisherigen Abgeordneten, nämlich 62 unter 78, von proletarischem Herkommen. Und während der Sozialdemokrat an bürgerlichen Kreisen anzurechnen ist, daß sie auf alle Vorteile ihrer bisherigen Stellung verzichtet und sich der Partei der Unterdrückten angeschlossen haben, die ihnen weder äußere Ehren noch Reichtümer bieten kann, haben die Abgeordneten aus Arbeiterkreisen sich jenseit unter den wichtigsten Verhältnissen aus Armut, Elend und Unwissenheit emporgearbeitet.

Sie haben ferner ständig ihren Klassenangehörigen Treue gehalten und sind dafür von Unternehmern gemäßigt worden, während man es bei „nationalen“ Arbeiterkandidaten etwa mit jenen für den Staat besonders nützlichen Elementen zu tun hätte, kein selbstbewußter Arbeiter achten wird.

Das Wachstum der Sozialdemokratie im Reich und im Reichstage zeigt folgende Aufstellung. Es wurden abgegeben:

Table with 3 columns: Bei der Wahl, Sozialdemokratische Stimmzettel, Zahl der gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten. Rows include dates from 8. März 1871 to 16. Juni 1903.

Der Mächtig der sozialdemokratischen Stimmen im Jahre 1881 erklärt sich daraus, daß damals unter der Herrschaft eines in samem Ausnahmegegesetzes die Sozialdemokratie völlig vogelfrei, entsetzt, nach allen Regeln polizeilicher Kunst bergewalligt war, so daß sie kaum eine öffentliche Propaganda entfalten konnte.

Die Zahl der Abgeordneten entspricht nicht der Zahl der Stimmen, weil die Reichstagswahlweise nicht gleich groß sind. Wären die Wahlkreise gleich groß, so hätte die sozialdemokratische Fraktion 1898 im Reichstage 107 Stimmen inne haben müssen.

Würden die Mandate nach dem Proportionalwahlssystem verteilt, dann hätte die Sozialdemokratie bei der vorigen Wahl anstatt 61 Mandate 126 bekommen, das Zentrum dagegen hätte 29 weniger erhalten, als ihm nach dem Wahlkreisystem zugestanden ist, nämlich nur 78; die Konservativen hätten anstatt der ihnen zugewiesenen 56 Mandate nur 39 bekommen, die Reichspartei, die tatsächlich 22 Sitze erlangte, hätte mit 13 sich begnügen müssen.

Mit ihrer Stimmenzahl steht die Sozialdemokratie an der Spitze aller Parteien. Sie erzielte bei der letzten Wahl über eine Million Stimmen, über 90 Proz. mehr als das Zentrum, trotzdem blieb diese Partei der Sozialdemokratie gegenüber mit 19 Mandaten in der Minderheit. Die Konservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen, die Antifaschisten, der Bund der Landwirte und der Bauernbund zu-

jaunen haben nur ebensoviel Stimmen auf sich vereinigt wie die Sozialdemokratie.

Möge der 25. Januar d. J. ein abermaliges gewaltiges Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen und entsprechende Vermehrung der sozialdemokratischen Reichstagsmandate bringen!

Volksebeschaffung und Einkommenverteilung. Das Finanzwesen des Reichs stützt sich auf das ungerechte und verderbliche System der Volksebeschaffung durch Zölle und indirekte Steuern, die auf die notwendigen Massenkonsumartikel gelegt sind. Dieses System ist durch den neuen Zolltarif zu einem unerhörten, großagrarischem Lebensmittelmacher ausgestaltet worden.

Um das arbeitende Volk über diese schweren Ungerechtigkeiten hinwegzuführen, treiben die Zeitungen und Agitatoren der reaktionären Parteien einen ebenso plumpen wie frivolen Schwindel. Sie behaupten, die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen, der Lohnarbeiter, Landarbeiter, Gewerbetreibenden und kleinen Beamten, habe sich so sehr gehoben, ihre Einkommenverhältnisse seien so durchaus günstig, daß sie sehr wohl die „paar Mark“ Zoll- und Steuerlast tragen könnten!

Die Arbeiter mügen sich sagen lassen, daß diese „paar Mark“ in Wahrheit eine unerhörte hohe Steuerlumpen sind. Die Zölle und indirekten Abgaben ergeben ganz gering gerechnet, auf eine vier- bis fünfköpfige Familie der mittelmäßig um ihre Existenz ringenden Verdienersfamilien jährlich 150 Mark.

Begleiten wir mit dieser Belastung die Verteilung des Einkommens. Nach den amtlichen Nachrechnungen, betreffen die Einkommensteuer-Veranlagungen im Preußen 1905, zählte die Gruppe mit M. 900 bis M. 3000 Einkommen 3 989 171 Steuerpflichtige. Davon entfallen auf die Gruppe mit:

Table with 2 columns: Einkommen, Steuerpflichtige. Rows: M. 900-1050, 1050-1200, 1200-1350, 1350-1500.

Diese 2 943 000 Personen belasten nun ein Gesamteinkommen von 3302 Millionen Mark. Demgegenüber belasten 88 176 Personen der Einkommensgruppe mit M. 900 bis über M. 100 000 ein Gesamteinkommen von M. 2 505 000 000!

Die erdrückende Mehrzahl der Steuerpflichtigen befindet sich also in schlechter wirtschaftlicher Lage. Für Familien von vier bis fünf Köpfen sind Jahreseinkommen von M. 900 bis 1500 durchaus ungenügend. Und von solchen Einkommen dem Reiche M. 150 und mehr noch in Form von Zöllen und indirekten Steuern ablassen zu müssen, erachtet Regierung und reaktionäre Parteien als „gerecht“! Ein Sohn auf die Gerechtigkeit ist! Und dieser Sohn wird kein Ende nehmen und immer schlimmer werden, so lange noch ein Teil des arbeitenden Volkes töricht genug ist, der Reaktion die Herrschaft im Reichstage zu sichern!

Das Kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik beschäftigt im Anschluß an die vor kurzem veröffentlichte Bearbeitung der dem Amt zur Kenntnis gelangten gemischlichen Tarifverträge im Deutschen Reich eine möglichst vollständige Sammlung aller neu entstandenen Tarifverträge anzulegen und diese Sammlung durch ständige Ergänzung zu einem Tarifarshiv auszugestalten. Aus diesem Grunde bittet das Kaiserl. Statistische Amt die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiterkreise, ihm die in ihrem Gewerbe im Jahre 1906 neu abgeschlossenen Tarifverträge, soweit es nicht schon geschehen ist, in einem Exemplar zur Verfügung zu stellen und auch in Zukunft alle derartigen Vereinbarungen regelmäßig zu übersenden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

- Deutschland:
Maurer:
Hansestädte:
Lübeck (Sperrn über das Baugeschäft von Brieger, Kattowitz);
Mecklenburg:
Küst (Aussperrung);
Pommern:
Bansin (Sperrn über Berger);
Königreich Sachsen:
Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Hessel, Gohlis, Lothringer- und Parisierstrasse, M. Steykal und Seifert in Mookern, Sohrstrasse, Heine, Militzer, Stöttritz, Schwarzackerstrasse);
Rötha (Sperrn über O. Bötcher);
Oderwitz (Sperrn über Kräsing);
Chemnitz (Sperrn über den Neubau des Albert-Museums);
Biesa (Sperrn über den Bau Roch in Zeithain);

Provinz Sachsen:
Naumburg a. d. S. (Sperrn über Emil Müller, Kanonierstrasse);

Westfalen:
Wanae (Sperrn über den Zwischenunternehmer G. Siebert);

Oesterreich-Ungarn:
Toplitz (Streik);
Budapest (Aussperrung).

Gau Dortmund. Auf dem Westfälischen Stahlwerk zu Bochum sind zwischen der Vertretung und unieren dort beschäftigten 80 Kollegen Differenzen ausgebrochen. Die Maurer forderten Einhaltung der geschuldeten Arbeitszeit und ließen dies durch ihre Vertrauensleute der Leitung mitteilen. Die Antwort der Leitung bestand darin, daß die Vertretung die achtundzwanzig Arbeitszeit einführte und 18 Kollegen, darunter selbstverständlich die Vertrauensleute, gekündigt wurde. Dies geschah am 2. Januar. Die übrigen an neuen Maurerwerk beschäftigten Kollegen erklärten sich mit den Gemäßigten solidarisch und kündigten am folgenden Tage gleichfalls. Die Zahl aller in Kündigung stehenden Kollegen beträgt 72. Eine Verarmung aller am Werk beschäftigten Maurer ließ die Sperrn auf und beauftragte eine Kommission, nochmals bei der Direktion vorstellig zu werden. Vor Arbeitsaufnahme auf dem Stahlwerk wird hiermit dringend gewarnt.

Gau Lübeck. Lieber die Firma Brieger aus Kattowit, die hier in Lübeck Arbeiten ausführt, mußte die Sperrn verhängt werden, da sie nicht zur Innehaltung des Lohns und Arbeitsstärks zu bewegen war.

Die Aussperrung in Lüßig dauert fort. Es verlautet, daß die Unternehmer in ihrer letzten Verarmung einen Beschluß gefaßt hätten, 40 1/2 Stundenlohn zu bewilligen, doch ist etwas Sicheres hierüber nicht bekannt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Zweigvereinsvorstände ersuchen wir, uns in den nächsten Wochen die Mitgliedsbücher derjenigen Kollegen einzusenden, die auf Grund der §§ 26 und 36 des Statuts vom Beitrag befreit sind.

Das Buch Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe ist mit Nr. 1 des „Grundstein“ den Zweigvereinen zugestellt worden. Wir ersuchen um baldige Einsendung des Betrages (M. 6) für dasselbe. Diejenigen Zweigvereine, die das Buch nicht erhalten haben, ersuchen wir um Mitteilung, damit wir ihnen das Buch nachträglich zusenden können.

Abrechnungen. Bis zum 15. Januar sollen alle Abrechnungen für das vierte Quartal 1906 an den Verbandsvorstand eingekandt sein. Jeder Zweigvereinsaffizierter muß das Befahren haben, ohne daß es besonderer Mahnung bedarf, bis dahin die Abrechnung einzusenden.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Weienänderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postschlitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 31. Dezember 1906 bis 7. Januar 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

- Biesbaden M. 800, Spinnmühle 762,19, Friedridshagen 363,25, Salzwedel 350,60, Altenburg 287,36, Regim 188,13, Neu-Vanglow 162,11, Selnitz 151,88, Ostrand 125,12, Trebnitz 120,21, Zeit 117,96, Niederbauhen 106,02, Elmshorn 104,41, Waidendorf 20,13, Gdrig 12,80, Rühl 11,04, Bonn (von Selnitz) 10, Warth i. Pom. 1,12, Birna 964,55, Spandau 655,44, Speyer 483,54, Niesla 357,31, Nowawes 355,07, Niesburg 293,78, Oshausen 265,72, Zerbst 266,28, Memmingen 253,24, Gültelbiele 231,09, Treuenbriegen 222,15, Kaufbeuren 219,87, Grünberg i. Schlef. 216,04, Glesien 198,14, Gräfenhainichen 187,27, Colbitz 185,04, Milsen-St. Jacob 184,47, Kulkobad 180,52, Nordbanham 179,72, Annaburg 178,96, Alt-Damm 177,21, Mittenwalde 173,56, Bickow 164,66, Wittenburg i. Medlenb. 161,97, Gorgast 150, Weiersberg 147,14, Prigrice 130,17, Leisnig 129,08, Schleiz 119,77, Hundsbühl i. Schlef. 103,04, Feinrichswalde 97,02, Neutalen 91,84, Rümme 91,74, Altenberg i. Bayern 86,76, Röhden 83,12, Wölgeln 74,27, Garmisch i. Bayern 73,36, Rörbitz i. S. 63,94, Eichershausen 62,96, Liebenwalde 57,63, Neppen 16,45, Oshfeld 14,96, Gr. Frenzen 13,62, Goldap 5,68, Neubaus a. d. Elbe 70,12, Hannover 5600, Wittenfeld 446,02, Seinitzenburg 306,35, Vielesfeld 287,46, Guntow-Blattow 266,04, Gollsen 253,70, Tauda 237,29, Alt-Güldenitz 234,56, Preßjch 219,40, Bpitz 214,34, Gr. Neuenhof 213,02, Döben 206,42, Barnsdorf 206,29, Pfeilwitz 190,05, Teltow 188,82, Hohenmölsen 178,74, Croupenbühl 164,16, Trautenheim 158,44, Werber a. d. S. 141,21, Selnitz 118,59, Drosbig 106,17, Burgdorf 97,41, Etzabengau 97,33, Geseu-Glaudau 84,71, Weienhof a. W. 82,28, Kyritz 81,62, Müschaffenburg 76,98, Egeln 76,09, Klosterlausnig 74,94, Wölgeln i. W. 74,68, Pödnitz 62,24, Geier i. S. 56,46, Böttich 50, Poppenlauer 46,68, Zeßlin i. W. 46,48, Biere b. Magd. 29,64, Grinmen i. Pom. 29,20, Polnow 27,12, Geringswalde 19,76, Grimma i. Sachsen 16,37, Saarau 13,20, Rothenburg a. d. Odra 5,76, Frankfurt a. d. Oder 747,11, Straßburg i. Elsaß 743,68, Schwärin i. Medl. 665,87, Ludenwalde 610,87, Heidenitz 596,39, Oranienburg 476,19, Mühlben i. Pom. 431,07, Wegeslad 402,90, Poffen b. Warba 379,40, Grimmlischau 374,98, Randsberg a. d. Warthe 307,86, Weigenfels 320,16, Caputh 298,22, Sagnitz 290,28, Luda i. Sachl. 261,62, Fronenberg i. S. 244,70, Loquau 233,28, Seyda 218,13, Woldegg 204,86, Sacha i. Sarg 198,20, Weidenhausen 194,61, Kranznitz 170,61, Naumburg a. d. Saale 154,87, Wittenburg a. d. Weiser 152,19, Götzen 142,10, Torgelow 134,45, Catefeld 133,12, Alen a. d. G. 132,16, Hirschdorf 128,56, Bickau 123,84, Weiburg 117,65, Neiß 116, Weibühnen 96,97, Weiburg (von Berlin gekandt) 92,40, Moba (S. Alen.) 76,80, Trübsch 72,48, Wittweiba 71,57,

4. Quartal 1906	8168
1. " 1906	8228
2. " 1906	8186
3. " 1906	8414
Im Durchschnitt: 8248	

Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 244 Mitgliedern. Die Zahl der Nichtorganisierten beträgt am Schlusse des Jahres im Gebiet des Hauses 580. Davon entfallen auf die Bezirke, wo Zweigvereine bestehen, rund 600, gegen 680 im vorigen Jahre.

In 23 Zweigvereinen blieb die Mitgliederzahl stabil. In 23 Zweigvereinen stieg sie und in 6 Zweigvereinen war ein Rückgang zu verzeichnen. Im Beitragsmarke wurden verwendet: im 4. Quartal 1906: 24 740, im 1. Quartal 1906: 12 185, im 2. Quartal 1906: 29 874 und im 3. Quartal 1906: 44 458, insgesamt 180 738, oder pro Mitglied 40,23 Wochenbeiträge.

Mit der Durchführung haptet es in manchen Orten noch bescheiden, wenn auch im allgemeinen eine Besserung zu verzeichnen ist. Leider haben wir im verfloffenen Jahre auch wieder einige Unregelmäßigkeiten im Kassenein- und -ausgang zu beklagen. In einem Falle betrug die Differenz 1 105. In diesem Falle ist das Strafverfahren eingeleitet. In den beiden anderen Fällen wurde der Fehlbetrag gleich gedeckt und die Kollegen ihrer Kasse entbunden.

Vom Bauarbeiterstand können wir auch in diesem Jahre nicht berichten, daß eine wesentliche Besserung eingetreten ist. Wenn irgendwo etwas gebessert wurde, dann geschah es durch den Druck unserer Organisation, und nicht etwa durch eine stärkere Kontrolle der Berufsgenossenschaften oder der Baupolizeibehörden. Im Ostost mußten die Kollegen erst zur teilweisen Arbeitseinstellung greifen, um sich nur einigermaßen menschliche Unterkunftsräume und Worte zu beschaffen. Wenn hier im allgemeinen eine Besserung eintreten soll, so dürfen die Kollegen nicht in der bisherigen Weise weiterarbeiten, sondern sie müssen mit aller Energie für die Förderung des Bauarbeiterstandes eintreten. Wir müssen, wenn es erforderlich sein sollte, durch die Organisation den nötigen Druck ausüben, um vorwärts zu kommen.

Die Lohnbewegung war auch in diesem Jahre sehr umfangreich. Die Bewegung erstreckte sich auf 41 Lohnbezirke, die 43 Zweigvereinsgebiete mit 1548 Orten umfassen. Darin waren beschäftigt bei 284 Unternehmern 2204 Gesellen und 594 Lehrlinge. Die Bewegung war in allen Orten, bis auf Ostost, erfolgreich. In letzterem Orte mußte der Kampf vorläufig abgebrochen werden. Obwohl keine Streikbrüder vorhanden waren, war es nicht möglich, die Unternehmer in diesem Jahre zum Nachgeben zu bewegen. Die Kollegen gaben aber, mit aller Energie den Kampf bei passender Gelegenheit wieder aufzunehmen.

In 31 Lohnbezirken erzielte sich die Bewegung ohne jeglichen Kampf. Davon machten in 9 Bezirken die Unternehmer stillschweigende Zugeständnisse, zum Teil wurde auch die gestellte Forderung im wesentlichen anerkannt. In 15 Bezirken kam es zu mündlichen Unterhandlungen, und in 7 Bezirken wurde die Verhandlung auf schriftlichem Wege herbeigeführt. Arbeitsverträge wurden nur in fünf Fällen abgeschlossen. An diesen friedlichen Lohnbewegungen waren 230 Unternehmer mit 1798 Gesellen und 433 Lehrlingen beteiligt. In 9 Bezirken (Badenburg, Schwartau, Radeburg, Dilsdorf, Gültrow, Müß, Neubudow, Nöbel und Waven) kam es zur Arbeitseinstellung; davon in Müß zur Aussperrung mit 16 dort beschäftigten Kollegen. An Streiks waren beteiligt 391 Kollegen. In Laage mußte über das Gehalt des Unternehmers und Stadtsenatoren Roff die Sperre wegen Nichtanerkennung unserer Forderung verhängt werden. Leider hatte die Sperre nicht den gewünschten Erfolg, weil 9 Kollegen als Arbeitswillige dort blieben. Die Löhne für diese Streiks und die Sperre betrugen A 9994,04. Eine Lohnerhöhung erreichten insgesamt 2199 Kollegen, und 418 erreichten eine Arbeitszeitverlängerung um eine halbe Stunde täglich. In Ahrensöb., Radeburg und Schwartau wurde die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, in Leterow (Gr.-Wodern und Wamerow), Neufalen und Dargun von 10 1/2 auf 10 und in Ribnitz und Stavenberg von 11 auf 10 1/2 Stunden verkürzt. Im einzelnen verteilt sich die Lohnerhöhung pro Stunde folgendermaßen:

In 14 Lohnbezirken mit 229 Kollegen	2 1/2
1 Lohnbezirk	2 1/2
13 Lohnbezirken	3 1/2
4	4
7	5 1/2
1 Lohnbezirk	6

Die Lohnerhöhung beträgt im Durchschnitt pro Stunde 602 1/2, gegen 2,55 1/2 im vorigen Jahre. Auf die verschiedenen Verhandlungen bei den Lohnbewegungen in den einzelnen Orten wollen wir an dieser Stelle nicht näher eingehen. Jeder Kollege hatte Gelegenheit, im „Grundstein“ den Verlauf der Lohnbewegungen genau zu verfolgen.

In Schwern wurden durch den Streik der Bauarbeiter circa 200 Kollegen in Mitleidenhaft gezogen, wodurch eine Ausgabe von A 6904,20 entstand. Bei dieser Gelegenheit muß erwähnt werden, daß noch vielfach gegen die Bestimmungen des Kartellvertrages gestündigt wird. Es ist nicht immer Unwissenheit, sondern zum Teil das mangelnde Solidaritätsgesühl einzelner und der Egoismus des einzelnen anberstet. In einem Falle führten die Meinungsverschiedenheiten, die in einer Versammlung ziemlich scharfe Formen annahm, sogar zur völligen Kündigung der Solidarität. Durch das Eingreifen des Gewerkschaftes gelang es dann, die Kollegen von ihrer letzten Handlungsweise zu überzeugen. Es sind dann auch weitere Verhöre nicht vorgetommen.

In verschiedenen Orten ist es noch Eitelkeit, daß die Lehrlinge wenigstens im 1. und auch teilweise noch im 2. Jahre, den Bauarbeiter ersehen müssen. Daraus wird dann gefolgert, daß es in solchen Fällen erlaubt sein muß, sich weiter von Lehrlingen das Material zuzugewinnen zu lassen. Doch auch dies ist nicht zulässig; denn es kann zu den schlimmsten Konsequenzen führen. Ganz unzulässig sind die Bauarbeiter aber in den meisten Fällen auch nicht. Ohne daß vorher in gemeinsamen Sitzungen beraten wird, wie die Bewegung durchgeführt werden soll, kommt es mitunter

zu plötzlichen Arbeitseinstellungen. In solchen Fällen ist es nicht möglich, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen; um Unangriffsigkeiten möglichst zu verhindern. Vor allen Dingen müßten sich die Kollegen etwas mehr befeistigen, die im Paraderbe beschäftigten ungelerten Arbeiter ihrer Organisation zuzuführen. Bei jeder Lohnbewegung führen die Unternehmer die ungelerten Arbeiter als Beispiel der Benachteiligung vor.

Durch die Aussperrung der Zimmerer in Goldberg i. M. wurden auch einige unserer Kollegen in Mitleidenhaft gezogen. Die dadurch erwachsenen Lasten betrugen A 337,40.

Die Sperre über den Unternehmer Goldorf in Gültrow, der zum Nachteil der dort beschäftigten Kollegen Vorderränder in der Gehzeit vornehmen wollte, ist noch nicht aufgehoben. Wie jetzt hat er sich mit seinen Lehrlingen durchgeschlagen, wogit in der Hoffnung, daß stillschweigend Gras darüber wachsen würde. Auch die Sperre über das Daugegeschäft von Schatz & Sohn in Wismar besteht noch fort. Verhört wurde sie, weil die Firma Arbeit aus dem Streikgebiet Neubudow übernommen hatte. Es dürfte aber an der Zeit sein, daß sich die Kollegen einmal mit der Frage beschäftigen, ob die Sperre nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen aufgehoben ist.

Ganz vor Jahresabschluss wurde über die Arbeiten des Lübecker Hochgewerks - Unternehmer Brieger aus Rattow - wegen Nichtanerkennung des Lübecker Arbeitstarifs die Sperre verhängt; man arbeitete dort bis zu 9 1/2 Stunden täglich. Um die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln, suchten wir eine Unterhandlung mit dem Unternehmer nach, der sich auch dazu bereit erklärte. Als sich nun die Tarifkommission zur bestimmten Zeit einstellte, wurde ihr vom Geschäftsführer mitgeteilt, daß Herr Brieger bereits wieder abgereist ist und sich die Firma auf nichts einlasse. Die bestehenden Differenzen sind noch nicht erledigt; mag sich kein Kollege verleiten lassen, dort in Arbeit zu treten.

Nachstehend wollen wir eine Uebersicht geben, wie sich Arbeitszeit und Lohn vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1906 gestaltet haben:

Im Kreise Oldenburg, dem Gebiet der freien Stadt Lübeck, dem Fürstentum Lübeck und dem Fürstentum Ratzeburg, umfassen 15 Lohnbezirke, war die Bewegung folgendermaßen:

Im Jahre	Stundenlohn in Pfennigen															Summe der Bezirke	
	60	57	55	53	50	45	44	43	42	40	38	36	35	34	33		33
1900	-	-	-	1	2	1	-	-	3	-	-	1	1	1	1	4	15
1902	-	-	-	1	2	1	-	-	3	-	-	5	1	1	2	-	15
1904	-	-	1	3	1	1	1	2	1	2	1	6	-	-	1	-	15
1906	1	3	-	1	2	-	2	3	3	-	-	-	-	-	-	-	15

Die Bewegung der Arbeitszeit in Stunden.

1900		1902		1904		1906										
9 1/2	10 1/2	10 1/2	11	9 1/2	10 1/2	11	9 1/2	10 1/2	11	9 1/2	10 1/2	11				
1	13	1	1	1	13	1	1	1	13	1	1	1	6	8	1	1
15		15		15		15										

Der durchschnittliche Stundenlohn betrug im Jahre 1900 = 46,9 1/2, dagegen im Jahre 1906 = 55,8 1/2; also eine Steigerung in sechs Jahren um 8,9 1/2 pro Stunde. Für Mecklenburg, soweit es zum Gau Lübeck gehört, umfassen 44 Lohnbezirke, ergibt sich folgendes Bild:

Im Jahre	Lohnhöhe in Pfennigen															Summe der Bezirke			
	25	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	40	42		44	45	47
1900	6	11	7	13	9	1	-	1	1	-	-	1	1	1	1	1	1	1	44
1902	4	3	3	4	1	1	1	7	5	1	1	1	1	1	1	1	1	1	44
1906	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	44

Die Bewegung der Arbeitszeit in Stunden.

1900		1902		1904		1906						
11	10 1/2	10	11	10 1/2	10	11	10 1/2	10				
16	22	6	7	1	11	26	4	12	28	1	11	32
44		44		44		44						

Der durchschnittliche Stundenlohn betrug im Jahre 1900: 29,55 1/2, dagegen im Jahre 1906: 36,27 1/2; das ist eine Steigerung in sechs Jahren im Durchschnitt um 6,72 1/2 pro Stunde. Die Steigerung des Lohnes ist in den mecklenburgischen Bezirken um 2,18 1/2 geringer als in den übrigen 15 Lohnbezirken.

Bereits im vorigen Jahre mußten wir darauf hinweisen, daß die politische Betätigung unserer Kollegen nicht im Verhältnis zu der Entwicklung unserer Organisation steht. Wenn nun auch im Laufe der letzten Jahre in einigen Orten eine Besserung eingetreten ist, so kann man keineswegs sagen, daß sich das im allgemeinen bemerkbar gemacht hat, obwohl es unerfesselt bei jeder passenden Gelegenheit nicht an der nötigen Anregung gefehlt hat. Wir wollen es deshalb den Kollegen nochmals ans Herz legen, sich dort, wo sozialdemokratische Parteien bestehen, diesen anzuschließen, um so regelmäßig ihr Schärfflein zu dem erforderlichen Kriegsfonds mit beizutragen. In Mecklenburg, wo es wegen des reaktionären Vereines- und Versammlungsgesetzes nicht möglich ist, sich außer der Zeit der Reichstagswahlen öffentlich mit politischen Angelegenheiten zu beschäftigen, finden die Kollegen in allen Orten genügend Gelegenheit, regelmäßig einen freiwilligen Beitrag zu entrichten. Doch auch die Arbeiterpresse, die „Schwergewerkschaftliche Volkszeitung“, der „Lübecker Volksbote“ und die „Mecklenburgische Volkszeitung“, die für unseren Gau in Frage kommen, noch nicht die genügende Verbreitung gefunden hat, ist gewiß ein recht bedauerliches Phänomen. Hoffen wir, daß im nächsten Jahre auch in dieser Beziehung ein besserer Resultat zu verzeichnen ist, damit nicht immer - wie es jetzt vielfach in Parteitreifen üblich

ist - die „überneutralen“ Gewerkschaftsleiter erhalten müssen.

Die Leistung besonderer Beiträge für örtliche Zweige ist von 21 Zweigvereinen eingeführt. Sie sind jedoch nicht alle als regelmäßige Beiträge zu betrachten. Nur drei Zweigvereine, Lübeck, Radeburg und Ostost, gaben einen Zuschlagbeitrag von höchstens 5 1/2. Außerdem leisten die beiden letzteren Orte noch einen monatlichen Extrabeitrag von 30 1/2. Außerdem ergeben zwei Zweigvereine 5 1/2, einer 5 und 10 1/2, neun 10 1/2, drei 15 1/2, drei 20 1/2 und einer 20 und 30 1/2, teils monatlich, teils auch nur vierteljährlich. Wir dürfen wohl erwarten, daß die Zweigvereine, die sich bis jetzt noch nicht mit dieser Frage beschäftigt haben, dies in ihrem eigenen wie auch im Interesse der Gesamtorganisation recht bald tun werden. Es dürfte sich überall empfehlen, alle zu zahlenden Beiträge durch eine Marke zu quittieren. Das trifft besonders für Mecklenburg zu, da in den meisten Zweigvereinen die Marken für das Arbeitersekretariat besonders gefleckt werden.

Der Gauverband erledigte seine Geschäfte in 20 Sitzungen. Die Korrespondenz war im letzten Jahre sehr umfangreich. Es gingen ein: 603 Briefe, 171 Postkarten, 31 Telegramme, 14 Kartei, 18 Postanweisungen, 46 Druckfachen. An Ausgängen waren zu verzeichnen: 822 Briefe, 240 Postkarten, 40 Telegramme, 5 Postanweisungen, 12 Kartei und 91 Druckfachen. Straßporto mußte in 5 Fällen gezahlt werden. Die Einnahme und Ausgabe der Kasse für das Jahr 1906 ergibt sich aus folgender Abrechnung:

Einnahme.	
20 Sitzungen	A 691,04
Von Verbandsvorstand erhalten:	
a) Beiträge auf Grund des Statuts	1961,06
b) Zinsaus.	1396,43
c) Ausgaben für Straßporto zurück	1247,15
Beiträge der Zweigvereine	681,40
Summa	A 5977,08

Ausgabe.	
Für Beamtengehalt	A 1800,-
entgangenen Arbeitsverdienst	1,50
Diäten	1396,-
Fahrtgeld	1275,75
Porto und Schreibmaterial	184,44
Sonstige Ausgaben	178,79
Summa	A 4836,48

Abschluß.	
Einnahme	A 5977,08
Ausgabe	4836,48
Kassenbestand	A 1140,60
Davon per Bank belegt	111,90

S. Mägel, Vorsitzender. W. Sietmann, Kassierer.
Die Revisoren:
A. Dreffsen, F. Steen, J. Farchow.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Beschlüsse sendet man sofort an die Redaktion des „Grundstein“. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstags Morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Als Kandidaten für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag sind in Voranschlag gebracht worden:

- Für die 9. Wahlabteilung vom Zweigverein Leh n in der Kollege Friedrich Thiele in Oldstorf.
- Für die 18. Wahlabteilung der Kollege Feuser in Spremberg.
- Für die 23. Wahlabteilung von den Zweigvereinen Öditz und Sonnenburg der Kollege Paul Straßendorff in Sonnenburg.
- Für die 101. Wahlabteilung vom Zweigverein Preech der Kollege Ferd. Timm in Preech.
- Für die 102. Wahlabteilung vom Zweigverein Gimsborn der Kollege Sibert in Gimsborn.
- Für die 125. Wahlabteilung von der Zählstelle Müllsen der Kollege Richard Krause in Müllsen-St. Jacob.
- Für die 147. Wahlabteilung vom Zweigverein Waren der Kollege Ferdinand Rantzen in Waren.
- Für die 152. Wahlabteilung vom Zweigverein Neuhafenleben der Kollege Ribbenau in Neuhafenleben.
- Für die 190. Wahlabteilung der Kollege Hoffmann in Thorn.
- Für die 194. Wahlabteilung von der Zählstelle Barth der Kollege Heinrich Mägel in Barth.
- Für die 195. Wahlabteilung der Kollege Stadt in Swinmünde.

Berichtigung. Der vom Zweigverein Ribnitz für die 146. Wahlabteilung vorgeschlagene Kollege heißt W. Kollentark, nicht wie es gedruckt war: Kollentark. Der Kollege wohnt in D am g a r t e n, nicht in Ribnitz. Der für die 148. Wahlabteilung vorgeschlagene Kandidat heißt Niediger nicht Niebling. - Die Schuld an solchen unrichtigen Namen tragen jedesmal die Entsender selber, da sie sie so unbedeutlich schreiben, daß weder die Redakteure noch die Leser die Unterschiede entziffern können. D. Red.)

Mbenberg. Sonntag, den 16. Dezember, tagte unsere Jahresversammlung in der die Neuwahl des Vorstandes erfolgte. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Zaver Walter, als erster Kassierer Joh. Schlaug gewählt. Weiter wurde von verschiedenen Parteigenossen eine Propaganda für den Wahlverein gemacht, was den Erfolg hatte, daß wieder zehn Neuaufnahmen gemacht wurden, so daß die

Sektion Ubenberg des Sozialdemokratischen Wahlvereins jetzt schon 50 politisch organisierte Gewerkschaften...

Wodtsh. Am 23. Dezember hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab...

Breslau. Donnerstag, den 6. Dezember, tagte hier im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitglieder-

Saderleben. Am 4. Januar hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab...

Hörbe. Sonnabend, den 5. Januar, fand die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins statt...

Dahlen i. S. In der am 30. Dezember hier abgehaltenen Versammlung waren nur 24 Kollegen anwesend...

Frankfurt a. M. Sonntag, den 30. Dezember, tagte in Rangenselsberg eine Mitgliederversammlung...

Freystadt. Am 26. Dezember hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab...

Kollege Nöcker das Wort und machte den Kollegen klar, daß es notwendig sei, Anträge zum Verbandstag zu stellen...

Gr. Meudorf. Der hiesige Zweigverein hielt Mittwoch, den 26. Dezember, seine regelmäßige Mitglieder-

Saderleben. Am 4. Januar hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab...

Hörbe. Sonnabend, den 5. Januar, fand die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins statt...

Terschow. Der hiesige Zweigverein hielt am 26. Dezember eine Mitgliederversammlung ab...

Magdeburg. Am 1. Januar hielt die Jahreshauptversammlung des hiesigen Zweigvereins statt...

Magdeburg. Am 1. Januar hielt die Jahreshauptversammlung des hiesigen Zweigvereins statt...

Ausgabe M. 2064,55, Bestand 422,76. Bei der Vorstandswahl wurde Wilhelm Wittmann als erster Vorsitzender...

Marienwerder. Am 28. Dezember tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung...

Ostrobenitz. Am 30. Dezember tagte hier eine Mitgliederversammlung, die von 88 Kollegen besucht war...

Ribitz. Am 6. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere außerordentliche Generalversammlung statt...

Schleiz. Freitag, den 28. Dezember, tagte hier eine außerordentliche Versammlung...

Stegen. In Nr. 52 der „Baugewerkschaft“ bringt der Lokalbeamte der „Christlichen“ - Gildeverband...

Stegen. In Nr. 52 der „Baugewerkschaft“ bringt der Lokalbeamte der „Christlichen“ - Gildeverband...

die Zeiten des Goldschreibers, so könnte bei einem Unbefangenen der Gedanke aufkommen, daß mit der Abberufung des Kollegen Sternberg von hier die ganzen Mitglieder unserer Organisation ebenfalls von der Wilsfläche verschwunden wären; da kennt Hilsenbrand den Idealismus der freien Gewerkschaftler, insbesondere der des Siegerlandes, nicht: Ebenfalls tut er so, als ob die „Christlichen“ den diesjährigen Lohnkampf allein geführt hätten. Leider war es der Fall, daß die Christlichen hierbei, tonangebend waren; dem ist aber auch schon die Schuld zuzuschreiben, daß nicht mehr erreicht wurde. Der Kollege Sternberg hatte sehr recht, als er sagte: Mit Reisetätigkeit könnte absolut nichts erreicht werden. Wenn sich Hilsenbrand in Anbetracht des hier abgeschlossenen Tarifs zum Schlusse seines Berichts zu der Behauptung verleitete: — derartige Elemente, die eher alles andere als Arbeiterinteressen vertreten“, so ist das der Gipfel der Unberücksichtigung. Alle Maurer, ob „Christliche“ oder freigeorganisierter, sie werden sagen müssen, daß unsere Vertreter, insbesondere der Kollege Bernsachsen, die Interessen der Allgemeinheit stets vertreten haben. Die große Mehrzahl der Maurer weiß, wenn unsere leitenden Kollegen persönliche Vorteile hätten ergattern wollen, so hätten sie Gelegenheiten genug dazu gehabt. Sie taten das aber nicht, weil einem freien Gewerkschaftler das Wohl der Allgemeinheit höher steht als das eigene Wohl. Diese Kollegen haben diese Opfer gern gebracht; aber es berührt dann doch eigenartig, wenn sie nun von Leuten, die häufig den Namen Christ im Munde führen, berichtigt und besudelt werden. Den christlichen Mitgliedern wird erzählt, daß der Vertrag „bedeutende Vorteile“ für die Arbeiterschaft gebracht habe. Die größte Mehrzahl der Maurer wird jedoch anderer Meinung sein. Hilsenbrand selber schämt sich wohl, diese „Christlichen“ Verbesseerungen, die für die Maurer von Siegen erstanden wurden, der „Maurergewerkschaft“ zur weiteren Empfehlung zu übermitteln. Da er es nicht tut, so wollen wir der Öffentlichkeit einige „Schönheiten“ des unter Leitung der „Christlichen“ abgeschlossenen Vertrages zeigen. Die Arbeitszeit beträgt nach dieser schönsten Verteilung aller „gemeinlichen Friedensdokumente“ 11 Stunden. Vom April 1907 an soll sie auf 10 1/2 Stunden herabgesetzt werden. Ein anderer Punkt bestimmt: „Aberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten sind in der Regel zu vermeiden, jedoch müssen dringende Arbeiten, besonders in Fabriken, ausgeführt werden; was als dringende Arbeit zu betrachten ist, hat der Arbeitgeber zu entscheiden.“ Und mit solchem Monstrum schwärmt man noch umher von „bedeutenden Vorteilen“. Wir glauben, wenn wir in Zukunft noch mehr solche Verträge erhalten, dann besteht sich selbst Dr. Kille noch zur Kartellgemeinschaft. Aber so sind die „Christen“.

Septembers. Am 27. Dezember tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, zu der Kollege Otto Lehmann aus Berlin erschienen war. Auf der Tagesordnung stand: „Der neue Lohnvertrag“. Der Entwurf wurde nach einigen Änderungen einstimmig angenommen. Gestimmt wurde der alte Tarif am 31. Dezember. Darauf wurde der Kollege Senger einstimmig als Kandidat zu dem am 1. April in Köln stattfindenden Verbandstag aufgestellt. Alsdann wurden drei Kollegen zum Gewerkschaftsrat gewählt. Dann nahm der Vorsitzende das Wort und wies auf die bevorstehende Reichstags hin. Er rügte es, daß sich zu wenig Kollegen an der Flugblattverbreitung beteiligt haben. Nachdem wies Kollege Lehmann auf die Wichtigkeit der Wahl hin. Er machte den Kollegen klar, daß es unsere erste Pflicht sei, für die Wahl eines Arbeitervertreter einzutreten. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Stimmeneinde. Sonntag, den 30. Dezember, tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung mit reichhaltiger Tagesordnung. Zunächst wurde das Ableben unseres verstorbenen Kollegen Wils, Wiesler gebührenderweise durch Erheben von den Eichen geehrt. Sodann ließ sich ein Kollege, der früher im hiesigen, schon seit längerer Zeit wieder gesprengten Polierbund Mitglied war, wieder aufnehmen. Die meisten der Polierbündler sind wieder zu der Einheit gelangt, daß sie sich einem besseren Schutz verschaffen, wenn sie dem Zentralverband der Maurer angehören, als wenn sie im Polierbund organisiert sind. Hier in Stimmeneinde ist der Polierbund wirklich überflüssig; auch wissen die Bündler heute ganz genau, daß die Unternehmer ihre vielen Verpfändungen nicht so sehr pünktlich erfüllen. Dank der unermüdbaren Agitation der hiesigen Kollegen und der Leitung ist der Zweigverein so ziemlich auf dem Höhepunkt angelangt. Inorganisierte sind fast gar nicht mehr vorhanden, nur einige Poliere sind noch übrig. Sie würden sich ja gern aufnehmen lassen, wenn dieses heimlich geschehen könnte. Über derartige Kollegen werden außerhalb der Mitgliederversammlungen nicht aufgenommen. Es wurde darauf die Abrechnung vom vierten Quartal betreten und von den Revisoren für richtig erklärt. Dem Kassierer wurde Rechung erteilt. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder sämtlich wiedergewählt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde der Vorsitzende, Kollege Studt, einstimmig gewählt. Er ist somit für die 195. Wahlperiode als Kandidat zum Verbandstag aufgestellt. Auch wurde wieder ein Wintervergütigen in Anregung gebracht und beschlossen. Es besteht in Theater und Tanz. Laut Versammlungsbeschluss muß jeder Kollege 50 3 dazu beitragen, ob er es mitmacht oder nicht, damit unsere Sozialtät nicht zu sehr in Anspruch genommen zu werden braucht. Einführungen sind jedoch nicht gestattet. Wenn das Vergütigen stattfinden soll, wird später bekannt gemacht.

Waren. Am 29. Dezember tagte die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins. Der Vorsitzende eruchte die Kollegen, die Versammlungen im nächsten Jahre immer recht zahlreich zu besuchen und dem Verbands ein regeres Interesse entgegenzubringen. Hierzu wurde die Abrechnung betreten und nach kurzer Diskussion bestätigt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Rechung erteilt. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage wurde der Kollege Namien als großer Majorität gewählt. Der Kollege W. Müller wurde wegen unsolidarischen Verhaltens aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Vorsitzende machte hierauf auf die Reichstagswahl am

25. Januar aufmerksam und eruchte die Kollegen, lebhaft für die Wahl eines Arbeiterkandidaten einzutreten. Nachdem noch einige im Fragekasten sich befindende Fragen beantwortet und besprochen worden waren, erfolgte mit einem Hoch auf den Verband Schluss der Versammlung.

Mommelschauen, Kreis Bielefeld. Am 29. Dezember tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung, die vom Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands einberufen war, und zu der der christliche Gewerkschaftssekretär Hilsenbrand-Siegen als Referent erschienen war. Vom Zentralverband der Maurer Deutschlands war Kollege Zimmer aus Frankfurt a. M. anwesend. Die Versammlung war von 18 Zentralverbändlern, zwei Mitgliedern der Versammlung die Anwesenden die Wahl eines Bureaus verlangten, wurde ihnen dieses von Hilsenbrand sowohl als auch von dem Kassierer Schneider, der angab, das Lokal an Hilsenbrand vermietet zu haben, verweigert, doch wurde von beiden mehrere freie Plätze, freie Diskussion und volle Redefreiheit besprochen. Als Hilsenbrand in einer halbfeindlichen Rede sein Münden-Club-Rede Sprüchlein hergeschleppt und auf den roten sozialdemokratischen Verband in allen Tonarten geschimpft hatte, sollte Kollege Zimmer das Wort zur Erwiderung erhalten. Doch man hatte die Redung ohne den Willen und die Erlaubnis gemagt. Der Willen wurde plötzlich tobstüchtig und erklärte, unter seinen Umständen dulden zu wollen, daß in seinem lokale sozialdemokratisch gesprochen und die Sozialdemokratie verherlicht würde. Vom Kollegen Zimmer aufmerksam gemacht, daß er ihm persönlich das Wort besprochen, und außerdem der christliche Sozialist darüber zu entscheiden habe, wer sprechen sollte, erklärte er, er habe den Saal nur für eine christliche Versammlung und auf unbestimmte Zeit vermietet, und er fordere Zimmer auf, sein Lokal zu verlassen. Als die Versammlung dagegen entriest protestierte, wies der Bürgermeister die Versammlung auf. „Wo: erst verspricht man hoch und teuer freie Diskussion, dann karikiert man mit dem Willen, daß er nicht sozialdemokratisch reden darf und am Schluss erklärt man sich als Mieter vom Saal ohnmächtig, sein Hausrecht darin auszuüben. Selbst der Bürgermeister Müller, vom Kollegen Zimmer zur Rede gestellt, gab zu, daß es eine Charakterlosigkeit fondergleichen sei. Wie schlecht muß es um die Sache derer bestellt sein, die mit solchen Mitteln kämpfen.“

Oesterreich. Der achte Verbandstag der österreichischen Maurerorganisation wird vom 17. bis 23. Februar in Wien abgehalten werden. Seine Tagesordnung weist u. a. folgende Punkte auf: Bericht, Organisation und Agitation, Beratungen über die Statuten und die Regulative, Hütten, Lohnbewegung und Streit.

Verlust oder Reform der Akkordarbeit?

XXXII. Gau Ostern.

In Gau Ostern ist die Akkordarbeit ziemlich verbreitet. Besonders sind es die Städte Graudenz, Thorn, Bromberg und Königsberg, wo die Akkordarbeit seit längeren Jahren fast ausschließlich in Akkord ausgeführt wird. In Danzig war bis in die neueste Zeit die Akkordarbeit auf einige Ausnahmen beschränkt. Den Unternehmern war auch wenig daran gelegen; denn bei der Organisationslosigkeit, die hier bis vor einigen Jahren herrschte, fehlte es ihnen nicht an Ausbeutungsmitteln. Da wurden einfach die Löhne reduziert, und wenn das noch nicht zureichend war, dann erhielt der Polier eine Qualifikation, sobald der Polier für den gedachten Preis fertiggestellt wurde. Seitdem nun die Organisation festen Fuß gefaßt hat, sind diese Mittel nicht mehr anwendbar. Die Löhne können jetzt nicht beliebig gesenkt werden, auch die Herrschaft der Poliere und das damit zusammenhängende Schmarotchersystem hat eine Einschränkung erfahren. Nun versuchen die Unternehmer mehr als zuvor, die Arbeiten in Akkord ausführen zu lassen. Das ist der Grund, weshalb auch diese in letzter Zeit häufiger geworden ist. In Elbing, Okerode, Insterburg, Tilsit und einer Anzahl kleinerer Städte, werden nur einzelne Bauten in Akkord gepunkt. Im großen Ganzen wird an diesen Orten auch die Akkordarbeit in Ziegelhütten ausgeführt. Dagegen wird das Wäbsten und Fagen bei größeren Hochbauten oftmals in Akkord ausgeführt. In Akkord gemauert wird an keinem Orte. In den letzten Jahren sind die Vergeltungsarbeiten von der Anstellungskommission oftmals auch Maurern übertragen. Da aber ein oder mehrere Maurer immer eine Randstelle im ganzen übernehmen, und sie dann fertigstellen müssen, so kann man dieses System nicht zur Akkordarbeit rechnen, sondern muß es als selbständigen Betrieb betrachten. Spezialisten gibt es hier noch nicht. Nur in Königsberg ist eine große Anzahl Maurer fast ausschließlich bei der Akkordarbeit beschäftigt, in allen anderen Orten sind es nur einige Wochen, wo eine Anzahl Mitglieder in Akkord punkt und dann wieder zum Mauerer zurückkehrt. In der Organisation konnten wir uns wegen dringender Lohn- und Organisationsfragen bis jetzt wenig mit der Akkordarbeit beschäftigen, trotzdem es an Mitgliedern nicht fehlt. Aber in nächster Zeit wird weiter nichts übrig bleiben, als auch hier energisch einzugreifen, da sonst die Grundlagen, die durch große Opfer erkämpft sind, durch die Akkordarbeit wieder vernichtet werden. Die Preise für die Akkordarbeit sind in den letzten Jahren an keinem Orte gestiegen, sondern an einigen noch niedriger geworden. Dagegen ist der Lohn an vielen Orten um 10 bis 15 3 pro Stunde erhöht worden. Besonders mörderisch wird die Akkordarbeit in Königsberg betrieben. Dies hat zur Folge gehabt, daß nicht nur an diesem Orte, trotzdem Königsberg den höchsten Stundenlohn hat, die niedrigsten Akkordpreise gezahlt werden, sondern auch das Mauerer im Ziegelhütten die Akkordarbeit zu einer allgemeinen Schinderei ausgemacht. Hier waren es die Sozialisten, die der Akkordarbeit seit langen Jahren gefrönt und sie

systematisch eingeführt haben. Auch in Graudenz, Thorn und Bromberg hat die Akkordarbeit recht laure Früchte gezeitigt. Im Spätherbst, während der Kujafation, wird eine wilde Jagd gemacht. Jeder verläßt, einen Bau zu erhalten. Sind alle Bauten mit Kujafat-Befehl, dann werden die Unternehmer in der Provinz mit Angeboten bombardiert. Oftmals verläßt man in Orten, wo die Kollegen sich itrauben, Akkordarbeit zu verrichten, oder wo den Unternehmern der Preis zu hoch ist, die Arbeiten in aller Eile zu übernehmen. Ob die Solidarität dabei Gefahr läuft oder ob die üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen verletzt werden, ist den Leuten dabei nebensächlich. Die Hauptfrage ist, wenn ein Ueberfluß erzielt wird, wenn auch die Interessen der Kollegen mit Frühen getreten werden. In fast allen Orten, wo Akkordarbeit üblich ist, werden für das Quadratmeter Innenputz resp. Außenputz 22-23 3 gezahlt. Nur in Danzig und in Orten, wo die Akkordarbeit seltener ist, sind die Preise im Durchschnitt um 10 3 pro Quadratmeter höher, als in den Orten, wo sich die Akkordarbeit eingetücht hat. Die Stimmung der Kollegen in unserem Gau ist im allgemeinen für Abschaffung der Akkordarbeit. Jeder hat das Gefühl, daß durch die Akkordarbeit die Verhältnisse nicht gebessert, sondern noch verschlechtert werden. Bessert es sich auch hier, die Akkordarbeit in nächster Zeit ziemlich einzudämmen.

Von einer Beschlußfassung auf dem Verbandstage bezüglich der Akkordarbeit möchte ich aber entshieden abkaten. Und zwar deshalb, weil sich die Akkordarbeit nicht durch Beschüsse einiger Mitglieder, auch wenn sie Vertreter der Gesamtheit sind, vernichten oder beseitigen läßt; hier kann nur die Zustimmung des Mannes sein. Wir sind unsere Mitglieder die Werttheorie von Marx kennen und wissen, daß durch die Verteilung bei der Akkordarbeit nur Profite und Reichtümer für die Kapitalisten geschaffen werden, und daß der Arbeiter einziger Reichtum, die Arbeitskraft, noch schneller als beim Zeitlohnverdienst aufgefressen wird, dann würden sich die meisten Kollegen für die Akkordarbeit bedanken. Aber leider, hier haben es noch ganz gewaltig. Auf diesem Gebiete ist noch ein großes Stück Arbeit zu leisten. Aber auch die dringlichen Verhältnisse spielen eine große Rolle mit. Ist die Akkordarbeit erst eingebürgert und eine größere Anzahl Kollegen fast immer in Akkord beschäftigt, dann läßt sie sich nicht mehr auf einmal beseitigen; sondern der Mehre Verdienst, den die Kollegen auf Grund der Akkordarbeit erzielt haben, muß berücksichtigt werden. Die Lebensbedingungen der Akkordarbeiter, die alljährlich einige hundert Mark mehr herausgeschlagen haben, spielen eine Rolle mit. Die Verhältnisse sind oft stärker, als die Verlor. So war es auch in Gumburg. Da waren es hoch die Verhältnisse, die das Risiko herbeiführten. In Gumburg waren es auch nicht alles Lumpen, die den Beschluß, betreffend Abschaffung der Akkordarbeit, nicht ohne sie zu stellen, sondern es waren Leute, die durch die langjährigen Verhältnisse gewohnt waren, etwas mehr zu verdienen, und darauf ihre ganzen Lebensbedingungen zugeschnitten hatten. Ganz genau so, wie es uns in Gumburg ergangen ist, würde es uns auch mit den Berliner Pukern und noch in anderen Orten ergen, sobald wir es nicht anders machen würden. So lange der Wille und die Ueberzeugung bei den meisten Kollegen nicht vorhanden sind, läßt sich durch Beschüsse nicht viel ausrichten. Darum bleibt die einzige und beste Medizin gegen die Akkordarbeit die systematische Aufklärung und wirtschaftliche Besserstellung der Mitglieder. Diese kolossale Arbeit läßt sich aber nicht durch einen Verbandstagsbeschluss erledigen, sondern es muß an allen Ecken und Enden mit ganzer Kraft ununterbrochen gearbeitet werden. Geschickt dies, dann wird der Erfolg auch hier nicht ausbleiben.

Carl Schwarz.

XXXIII.

Die große Mehrzahl der Kollegen, die im „Grundstein“ das Wort zur Frage der Akkordarbeit ergreifen haben, haben sich energisch gegen jede Reform derselben gewandt. Und fast alle die Kollegen, die zur Zeit für eine Reform zu haben sind, sind prinzipielle Gegner der Akkordarbeit. Sie sind für die Reform in der Hauptfrage nur deshalb, weil sie der Meinung sind, daß die Organisation gegenwärtig die Kraft nicht habe, die Akkordarbeit in unserem Verufe abzuschaffen. Ich gehöre nun zu denen, die bis vor kurzem sagten: „Führen wir endlich einen Verbandstagsbeschluss herbei, der jede Akkordarbeit verbietet. Die disziplinierten Kollegen werden sich diesem Beschluss fügen, und wer das nicht tut, gehört solange nicht in unsere Organisation, bis er zu besserer Einsicht kommt.“ Durch die ausgiebige Diskussion der Akkordfrage bin ich jedoch zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch einen einfachen Verbandsbeschluss nur die meisten der heute in Akkord arbeitenden Kollegen aus der Organisation hinausgedrängt würden, daß die Akkordarbeit selbst dadurch nur wenig oder gar nicht vermindert würde. Ich gebe also heute zu, daß uns zur Zeit tatsächlich die Kraft fehlt, die Akkordarbeit durch einen Beschluss in unserem Verufe zu beseitigen, ja, ihr auch nur in nennenswertem Maße Abbruch zu tun. Diese Ueberzeugung kann mich jedoch nicht veranlassen, zu wünschen, daß der Verbandstag der vorgeschlagenen Reform zustimmen möge, und nach der gepflogenen Diskussion braucht man ja diese Beschlüsse auch nicht zu fassen. Ich will hier bereits ausgesprochenes nicht wiederholen, möchte aber darauf hinweisen, daß zwei Gausvorsitzende, in deren Gebiet teilweise eine Reform resp. ein Akkordstopp besteht — die Kollegen Gorter-Mannheim und Kober-Gumburg — uns die Reform durchaus nicht empfehlen. Sie weisen im Gegenteil darauf hin, daß durch die Reform die Auswüchse der Akkordarbeit nicht beseitigt werden. Dem kann ich nur zustimmen, und ebenso der Ansicht, daß durch eine Reform die Akkordarbeit noch weit mehr verbreitet würde, als sie es bereits ist. Es wird uns deshalb vollständig tatsächlich nur der Weg übrig bleiben, den die große Mehrzahl der sich zu der Frage äußeren Kollegen vorschlug: die Aufklärung unter unseren Kollegen.

Nun bin ich zu allerdings nicht der Meinung, daß wir in der nächsten Zeit durch Aufklärung alle in Akkord arbeitenden Kollegen auf unsere Seite bekommen werden. Ich glaube z. B. kaum, daß die Mehrheit der Berliner Puker die Akkordarbeit eher abschaffen wird, als die jetzt lebende Generation so ziemlich ausgefallen ist. Die Berliner

Bücher wollen aufgeklärt sein. Ein großer Teil von ihnen hat, solange sie noch mauerern, in allen Ecken die Entschlossenheit über die Affordarbeit geschöpft. Und trotzdem scheinen sie gar nicht daran zu denken, die Affordarbeit abzuschaffen. Mit diesen „alten Säubern“ um mit dem Kollegen Weg zu reden — ist nicht viel anzufangen. Ebenso dürfte der größte Teil der Affordmurer, deren Zahl ich nach den Erfahrungen, die ich machte, bedeutend höher einschätze, als sie die Statistik angibt, nur sehr schwer von der Affordarbeit abzubringen sein. Diese Leute gehören ja meistens der Organisation nicht an, und der Haß zwischen Lohn- und Affordmurer ist so groß, daß schon eine Annäherung zwischen beiden sehr schwer sein wird. Teilweise waren die Leute früher organisiert und wurden wegen der verschiedenartigen Berufen ausgegliedert. Einzelne traten vor selbst aus, weil ihnen dies und das in der Organisation nicht paßte; jedenfalls aber war der größte Teil von ihnen von der Notwendigkeit der Organisation noch nie überzeugt. Es ist oft angeführt worden, daß man beim Lohnsystem nicht selten ebenso schlimme Schinderei, Schulterschmerz und Martererträge wie beim Affordsystem. Tatsächlich unterscheidet sich in Berlin auf einer großen Anzahl von sogenannten „Kamottenbauten“ die Arbeitsweise fast gar nicht von der, die auf Affordbauten üblich ist. Geprüft wird fast ebenso, und wenn der Polier oder Unternehmer hinter den Kollegen steht, verfallen sie in eine geradezu fieberhafte Tätigkeit. Manche dieser Ausdauer gehen deshalb den ganzen Tag nicht weg. Ein Wort, ein ein Wort von ihnen, ja, schon ihr Dastehen, ihr Zusehen läßt manche Kollegen jede Solidarität, jede Rücksichtnahme auf ihre Nebenmenschen vergeffen. Bei solchen Leuten hat man das Gefühl, daß sie ganz erbärmliche Kammerlappen sind, niedrige Naturen, denen jedes Gefühl von Menschlichkeit fehlt. Und nicht nur die Arbeitsweise ist bei Affordbauten üblich, auch alle die Mißstände, die auf diesen herrschen, herrschen auf solchen Kamottenbauten, ohne daß sich ein Mensch darüber irgendwo aufregt. Aus den Reihen der auf solchen Bauten beschäftigten Kollegen geht zweifellos der größte Teil der Affordmurer hervor. Und das ist begreiflich. Solchen Leuten mag es wie eine Erleichterung vorkommen, wenn sie nicht mehr vom Polier und Unternehmer, sondern nur noch von ihrem eigenen Geizmüß angetrieben und um ihre Gesundheit bestohlen werden.

Was treibt nun einen Teil der Kollegen auf solchen Kamottenbauten dazu, eine so jämmerliche Rolle zu spielen? Man hört oft das Wort von der Hungerpeinliche, von Entlassung und Brotlosigkeit. Arbeit will jeder haben. Um Arbeit zu behalten, treibt einer den anderen, will einer die Leistung des anderen überbieten; Jeder ist sich selbst der Nächste. Das ist die Taktik, das ist die Lösung des Geizmüß, der Unwissenheit, der Dummheit, des Mißverständnisses. Der Klassenbewußte Arbeiter weiß, daß die Arbeitslosigkeit nicht dadurch beboben wird, daß der einzelne das doppelte Quantum von dem leistet, was ihm zukommt. Er weiß, daß dadurch für die Gesamtheit seiner Kollegen das Gegenteil von dem herkommt, was für alle und für jeden einzelnen erwünscht ist. Und er handelt nach dieser Erkenntnis. Seine Unwissenheit und Geizmüß aber füllt ihnen Ausbeuten noch schneller die Taschen, und sie sind es, die dafür sorgen, daß unter ihren Kollegen Arbeitslosigkeit, Not und Elend in noch größerem Maße herrschen als das selbst bei der kapitalistischen Produktionsweise absolut nötig ist.

Sieht man sich nun die oben geschilderten Kollegen an, dann wird man leicht einen finden, der in der Organisation seine Pflicht tut, und nur durch Hunger getrieben die taugliche Rolle des Schindens spielt. Ein aufrichtiger Mann von Mut und Charakter bezeugt eben auch in der Not seine Prinzipien nicht. Weichens sind es Kollegen, die von den Anforderungen der Organisation nicht durchdrungen, ja, denen sie nicht einmal bekannt sind, die in die Organisation eintreten, um beim großen Haus zu sein, um auf jedem Bau arbeiten zu können. Leute, die weder eine Veranlassung besitzen, noch eine Zeitung lesen, die neben der großen, gewaltigen Arbeiterbewegung auch ihrer Organisationsunfähigkeit vollständig indifferent sind. Sie sind froh, daß sie dem Verlangen nach, selbst zu lernen und sich selbst weiter zu bilden, weil es ihnen nie zum Bewußtsein kam, daß in ihrem eigenen und im allgemeinen menschlichen Interesse, absolut notwendig ist. Kommt man mit ihnen zusammen und werden sie ihrer Individualität entsprechend angefaßt, dann ist es möglich, den Stein zu streuen, der den einen oder anderen zum überzeugenden Kämpfer macht. Sehr oft findet man darunter auch Kollegen, die zwar theoretisch den Pflichten der Organisation zustimmen, die sehr gut wissen, was recht und unrecht ist, denen aber die moralische Kraft und besonders die rednerische Gabe fehlt, die notwendig ist, um andere von der Wichtigkeit ihres Tuns zu überzeugen. Sie warten darauf und sind froh, wenn einer kommt, der das ausspricht, was sie fühlen und denken. Nicht nur deshalb werden mannhafte Kollegen von rückständigen Poliern sehr oft am ersten Tag entlassen, weil sie sich selber nicht drücken und nachlassen lassen, sondern weil die Polierr den Einfluß fürchten, den solche Kollegen auf die Gesamtkollegenchaft des betreffenden Hauses ausüben können.

Also nicht die Hungerpeinliche ist es hauptsächlich, sondern die mangelhafte Erziehung und Aufklärung, die absolute Herrschaft des egoistischen Eriebes, der angeborene und anerzogene Nechthun bei einem großen Teil unserer Kollegen, das sie gegen die Interessen der Organisation verstoßen läßt. Und wenn man den Satz gelten läßt, daß jeder Mensch ein Produkt seiner Verhältnisse ist, dann kann man die Schuld nicht allein jenen Kollegen aufbürden. Die Erziehung in Schule und Haus ist nicht so, daß aufrichtige, charakterfeste Persönlichkeiten daraus herbeigehoben können. Im Gegenteil, diese Eigenschaften werden schon dem Kinde systematisch ausgezogen. Und ganz besonders auf dem Lande, wo doch unsere meisten Kollegen erzogen werden, wird dem Kinde alles andere eher als „Selbstbewußtsein“ beigebracht. „Demut“, „Ergebenheit“, „Zufriedenheit“ mit seinem Schicksal, „Gehorsam gegen Vorgesetzte“, usw., das sind die Schlagworte der christlichen Pädagogik. „Gebüdt und mit dem Gute in der Hand kommt man durch das ganze Land.“ Wie oft und wie dringend hat uns unser Lehrer auf diesen wichtigen Satz verwiesen. Und den-

selben Geist der Nechthunigkeit, der aus diesem Satze spricht, atmete fast der gesamte Lehrstoff. Die Grundzüge der heutigen Erziehung sind nun einmal denen entgegengesetzt, die wir im Kampfe zur Befreiung unserer Verhältnisse zur Erreichung dieser Ziele gebrauchen. Und wenn einem Kollegen diese, den uns länger entgegengesetzte Grundzüge 10, 12, 15 Jahre und noch länger geprägt, ja, förmlich eingepaukt worden, wenn man bedenkt, daß nach der Vererbung von unseren Vorfahren hier eine große Rolle spielt, dann begreift man, daß diese Grundzüge den nach ihnen erzogenen Menschen tief im Blute wurzeln, ja, daß manche von ihnen förmlich beherrscht werden.

Am uns liegt es nun, das, was die Schule in dieser Beziehung verdrängen hat, nach besten Kräften wieder gutzumachen. Wir müssen die Kollegen erziehen zu selbstständig lebenden Persönlichkeiten, zu Persönlichkeiten, die ihren Ausbeutern gegenüber nicht, als Menschen niederen Ranges, als Untergebene und Knechte, sondern als freie, stolze, selbstbewusste Männer, als Männer, die wissen, daß ihre Klasse es ist, welcher die Gesellschaft ihr Bestehen und mißliches Leben schafft. Und da müssen wir uns, wie der Kollege Weg richtig sagt, besonders an die Jugend wenden. Aus jüngeren Kollegen rekrutieren sich meistens die Schindler und Affordmurer, was in Anbetracht der Tatsache, daß die Jugend meist noch im vollen Besitz ihrer physischen Kräfte ist und noch nicht genügend Erfahrungen im Leben gesammelt hat, erklärlich ist. Also, lernen wir die Jugend auf! Nicht nur muß schon den Lehrlingen ein Absehen vor der Affordarbeit eingepaukt werden; es muß die Agitation allgemein so geführt werden, daß sie sich gleichmäßig gegen die Lohnschufterei wie gegen die Affordarbeit richtet.

Unser Sachverstand ist dazu berufen, diese Agitation zu leiten. Es hat aber meines Erachtens in den letzten Jahren in dieser Beziehung nicht das getan, was es hätte tun können. So bin ich ja, überzeugt, daß der Name des „Grundstein“ sowie die Zeit und die Entrichtung der Redakteure, die an manchen Artikeln gegen die „Mabitaten“ verhandelt wurden, weit besser gegen die Lohnschufterei und Affordarbeit in unserem Gewerbe verwendet worden wäre. Wir müssen also zunächst verlangen, daß unser Sachverstand in Zukunft in dieser Frage ganz andere Saiten aufzieht, als es bis jetzt der Fall war.

Allerdings genügt das „feinstes“, da ja sehr oft gerade die Kollegen den „Grundstein“ nicht lesen, deren Belehrung und Aufklärung am meisten not ist. Deswegen sollten alle Kollegen, soweit sie von der Schädlichkeit der Lohn- und Affordschufterei überzeugt sind, ihr möglichstes tun, um hier eine Bewegung herbeizuführen. Ich muß sagen, daß das in Berlin in der Vera des Tarifvertrages nicht geschehen ist, viellecht auch nicht so geschehen konnte, wie es notwendig war. Wohl wurde in Versammlungen und Sitzungen viel geschimpft. Aber wer von den Kollegen, die die Intelligenz der Organisation repräsentieren, die Pöten belächeln und rednerisch begabt sind — wer von ihnen wollte auf die Bauten gehen, wo die größten Mißstände herrschen, wo die Kollegen ihr Unwesen treiben, die sich früher oder später zu Affordmurer entwickeln? Da findet man herzlich wenige von denen, die doch am meisten beschäftigt wären, gegen die geringsten Mißstände anzukämpfen. Dieser Kampf man tagelang, lieber feiert man, ehe man auf solch einen Bau um Arbeit anfragt. Dagegen trifft man manchmal Bauten, die fast ganz von intelligenten Kollegen besetzt sind. Außerdem wenden sich die besten agitatorischen Kräfte mehr und mehr der Spezialarbeit zu. Und das ist erklärlich. Hier muß das Wort von der Hungerpeinliche für manche Kollegen, das im Interesse der Organisation so manche halbe Nacht geopfert, der sich aufarbeitete und aufrieb, bis zu einem gewissen Grade berechtigt sein. Große persönliche Opfer zu bringen, bei guter Konjunktur aber dreimal wöchentlich sein Müdel zu schütten und vielleicht die Familie hungern zu lassen, oder aber im stillen aufzuklären mitzuschaffen, solange bis die Kollegen auf solch einen Bau einzumachen zur Bestimmung gebracht sind — wer hätte auf die Dauer Lust dazu, während die große Mehrzahl der Kollegen unter dem Segen des Tarifvertrages ruhig schlüft!

Es ist hier nicht angebracht, auf die Schäden des Tarifvertrages einzugehen. Aber das möchte ich sagen, daß nach meiner Überzeugung der Tarifvertrag für die Entwürdigung der Affordmurer in Berlin äußerst fördernd wirkte, während er in seiner jetzigen Beschaffenheit ihrer Befähigung und Befreiung äußerst hindernd im Wege steht. Daß wir uns der Selbsthilfe auf den Bauten begeben haben, hat uns keinen Nutzen gebracht. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wird von vielen Kollegen ein frisch-frei-fröhlicher Kampf für kommenden Sommer förmlich ersehnt. Der Schlag, der Steinmetz, der viele Kollegen ergreifen hat, muß hergeführt werden! Durcheinandergewirrt werden müssen die Kollegen! Die Lehrlinge, die jungen Kollegen, die auf den oben geschilderten Bauten lernen und dort arbeiten, müssen aufgeklärt werden! Gegen jede Schinderei und Schufterei muß Sturmgefahren werden, ganz gleich, ob es dafür Afford- oder Beiloh gibt. Zu Klassenbewußten Kämpfern müssen unsere Kollegen erzogen werden. Das sind meines Erachtens die Vorbedingungen, um in Berlin — und auch wohl andernwärts — die Affordmurer- und schließlich auch die Affordbauerei einzudämmen und vielleicht auch endlich zu beseitigen.

Ich sage also: Da wir leider zur Zeit nicht die Macht haben, um einen Verbotsschluß einigermaßen wirkungsvoll durchzuführen, muß jeder der kommende Verbandsstag darauf verzichten, einen direkten Beschluß zu fassen. Dafür aber muß der Verbandsstag sorgen, daß alle verfügbaren Kräfte mobilisiert werden, um der Affordarbeit wirksamer als bisher entgegenzuarbeiten. Wenn alles verucht ist, sprechen wir uns wieder. Ich glaube, die Entscheidung wird uns dann erheblich leichter fallen als heute.

August Göttinger, Berlin.

Die Diskussion über die Affordarbeit ist mit diesen Artikeln beendet. Die Redaktion.

Zentralkrankenkasse.

(Grundkassier zur Einigkeit.)

In der Woche vom 30. Dezember 1906 bis 6. Januar 1907 sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Nordost 4.500, Neu-Blüppin 500, Prenben (Bahn) 362, Beelig i. d. M. 356, Friedenau 300, Prigrerde 204,29, Frankfurt a. M. 200, Groß-Lichterfelde 200, Uckerländer 200, Sieglitz 200, Driesen 200, Nauen 195, Groß-Neuendorf 170, Dresden-Striesen 160, Seyda 150, Mülln i. Bauens. 130, Krieg 100, Niesefelde 100, Gütrow 100, Weisterwig 100, Regin 100, Mittenwalde 100, Eichen 100, Moorburg 100, Mühlhau a. d. E. 98,80, Ober-Schönweide 80, Grausitz 75, Wannsee 75, Tempin 56,40, Madrina 50, Lüben i. d. Kauf. 50, Müllner i. Oberlahnheis 30,58, Göttingen 6,60. — Summa M. 5844,62.

An Zuschüssen erhielten: Grauberg M. 500, Erfurt 400, Breslau 400, Weisener 300, Hensburg 200, Karlsruhe 200, Gaiel 200, Königsberg i. Pr. 200, Harbort 100, Leibsch 100, Rehndorf 100, Wittenau 100, Döflau 100, Otterndorf 100, Wiepe a. Finowtanal 100, Stodorf 100, Wöllig i. P. 100, Palenalt 100, Bremerhaven 80, Hagen i. B. 80, Göttingen 70, Niederbreisig a. M. 60, Schönbühnen a. d. E. 60, Lindow i. d. M. 50, Schwartau 50, Friedhof 50, Eppelheim 50. — Summa M. 3950.

Altona, den 5. Januar 1907. Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anlässen, Vorkommnissen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten sogleichens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Wahrenth. Der Kollege J. Stahlmann stürzte am 22. Dezember vom Neubau am Seiggebäude ab, wobei er erhebliche Verletzungen erlitt.

Reichenhall. Am Heiligen Abend, Nachmittags 2½ Uhr, stürzte am Neubau des Unternehmers Anton Stramer, Vorkrieger des Arbeitgeberverbandes, der 70 Jahre alte Kollege Alois Luz von der dritten Etage durch das Fenster. Der Verunglückte war beim Ausmauern der Walle beschäftigt und fiel infolge eines Fehltrittes so unglücklich, daß er nach zwei Stunden starb. Auch diesen betäubenden Unfall muß man auf das Konto der Profugier legen, die es nicht zuläßt, ordnungs- und vorschriftsmäßige Schutzgerüste anzubringen, weil sie dem Unternehmer etwas mehr Kosten verursachen. Wäre in diesem Falle ein Schutzgerüst gewesen, wie es sich gehört, so hätte Luz höchstens nur 1,40 m tief fallen können, so aber ist er auf eine draußen stehende Leiter, von da auf die Miegel und Steifen. Er zog sich einen doppelten Schädelbruch und noch andere schwere Verletzungen zu. Die Polizei hat anscheinend keine Ahnung, wie teuer es auf den hiesigen Bauten mit dem Arbeiterschutz ausfällt. Wir glauben, es würde gar nicht schaden, wenn sie sich in Zukunft etwas mehr dieser Sache annehmen würde. Doch auch für unsere Kollegen kann dieser traurige Fall eine Warnung sein; seien wir äußerst gewissenhaft bei allen Arbeiten. Will uns ein Polier oder Unternehmer Jakob schelten, so wollen wir ihm zeigen, daß er unheimlich feindlich sein soll, sich selbst die Knochen entzwei zu hängen. Auch für solche Fälle ist schließlich unsere Schlichtungskommission da.

Ein Massengrab hat wieder eine große Anzahl Arbeiter verschlungen. Am 4. Januar hat sich beim Bau der Eisenbahn Vopyard-Castellan ein schweres Unglück ereignet, dessen Opfer sich jetzt noch gar nicht genau bekannt sind. In den Nachmittagsstunden dieses Unglückstages wurden auf der Strecke drei Arbeiter verdrückt. Als darauf eine größere Arbeiterkolonne zu deren Rettung aufbrach, ereilte sie in einem tiefen Einschnitt das graufige Geschick. Die Wüchungen des Einschnittes lösten sich und gewaltige Erd- und Gesteinsmassen sausten zu Tal, die ganze Rettungscolonne verdrückt. Außer diesen Arbeitern sollen auch noch Zufuhler, die auf einem benachbarten Hügel standen, verunglückt sein; der moriche Schiefer sollen sich infolge des eingetretenen Unwetters gelöst haben. Die Zahl der Opfer liegt noch nicht fest. Einige Meldungen erwähnen 15 Tote, andere geben die Zahl der Verdrückten auf 40 an. Einige sind noch lebend, aber mit gebrochenen Beinen gerettet worden. Die Rettungsarbeiten gehen nur sehr langsam vorwärts. Nach einer an die „Koblenzer Zeitung“ gerichteten Meldung sollen die Wüchungen viel zu steil angelegt gewesen sein. Wir werden noch darauf zurückkommen.

Bautenkontrolle in Seditz. Vom 28. November bis 6. Dezember wurden hier die Herbstbauten kontrolliert. Insgesamt wurden 9 Bauten beschäftigt. Auf diesen Bauten wurden insgesamt 161 Arbeiter beschäftigt, 8 Bauten waren in den Händen der Meister resp. Untermeister, die dem Arbeitgeberverband für die Amtsbaupolizeihaftung zugehörig sind. 5 Bauten waren im Ausbau begriffen und mit Bedachung versehen. Ueber Bauarbeiten ist folgendes mitzuteilen: Auf einem Bau fehlte die Bauweise gänzlich, bei 2 Wüden 4 Wüden waren die Seitenwände nicht dicht, bei 2 Wüden regnete es zum Dache herein, bei 1 Wüde fehlten die Fensterr, gebiell waren 7 Wüden, eine war nur zum Teil Fensterr, belegt und bei zweien fehlte die Dichtung gänzlich. Aborte wurden 10 revidiert; 6 waren nach Beschäftigung mit Golsfußboden und Strohdecken versehen, 4 mit Latentischen, 7 Aborte hatten Türen, in 2 Aborte konnte man von den vorüberführenden Wegen oder von den Fenstern her nachargabgebäude aus hineinschauen. Die Unfallverhütungsvorschriften hingen auf 8 Bauten aus. Es ist auch eine Polizeiverordnung betr. Schutz der baugewerblichen Arbeiter seitens des Stadtrates zu Ende des letzten Jahres herbeigeführt worden. Von einer Kontrolle seitens der Polizei oder von einer dazu beauftragten Person ist nichts bekannt. Auch hat man von einer Kontrolle durch Aufsichtsbemante der Berufsgenossenschaft nichts bemerkt. Wäre dieses der Fall, so würden, jedenfalls beim Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft, der hier am Orte ist, bessere Zustände

Anteil an der Gesamtbevölkerung nehmen die organisierten Arbeiter in England; unter 22 Einwohnern ist dort einer organisiert. In Dänemark unter 27 Einwohnern einer, in Deutschland unter 31, in Australien unter 38, in den Vereinigten Staaten unter 38, in Frankreich unter 50 usw. Großbritannien, das nur wenig mehr bevölkert ist als Frankreich, hat über doppelt so viel Gewerkschaftsmittglieder, Australien und Dänemark, beides an Bevölkerung kleine Länder, weisen mehr organisierte Arbeiter auf als Ungarn oder Spanien. Der Staat Newyork, der kaum ein Viertel der Einwohnerzahl Österreichs oder Italiens aufweist, läßt mit seinen 223 000 Organisierten beide Länder hinter sich.

Das allgemeine Bild, das die Zahlen trotz ihrer Mangelhaftigkeit darbieten, ergibt den enormen Vorprung der germanischen Länder vor den romanischen auf dem Gebiet des Gewerkschaftswesens. Selbstverständlich ist das größtenteils nur ein Ausdruck für die ungleich härtere Industrialisierung der germanischen Länder; doch werden andererseits in den romanischen Ländern teils andere Arbeitergruppen von der gewerkschaftlichen Organisation ergriffen. Zudem ist auch in den Ländern, in denen die gewerkschaftliche Bewegung noch verhältnismäßig neu ist, in den letzten Jahren ein außerordentlicher Fortschritt zu beobachten.

Der amerikanische Bericht stellt fest, daß zwar jetzt noch den Englisch sprechenden Ländern die Führerschaft in der Gewerkschaftsbewegung zukommt, daß jedoch einige andere Länder jetzt so stark vorwärts schreiten, daß es seinem Zweifel unterliegt, ob sie berufen sind, die Führerschaft zu übernehmen. So Deutschland, wo die Gewerkschaften noch vor einigen Jahren nicht eine Million Mitglieder hatten, wo jetzt aber allein die freien Gewerkschaften im Begriff sind, die zweite Million zu überschreiten. Auch Österreich hat in wenigen Jahren seine Gewerkschaftsbewegung verdoppelt, und Ungarn und Italien haben ihre Gewerkschaften überhaupt erst in den letzten fünf Jahren geschaffen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

*** Strohmannen und Gewerbegericht.** Ueber die Stellung der gewerbegerichtlichen Praxis zu dem Strohmannenwesen bringt der Bericht des Hochmurer Arbeiterssekretariats einen fast ungläublichen Beitrag. In dem Bericht heißt es: „Das Strohmannenwesen, diese Geißel der Bauarbeiterchaft, erfreut sich beim Hochmurer Gewerbegericht einer auffallenden Hochachtung. Auch hierfür wollen wir ein Beispiel anführen. Es handelt sich um vierzig Arbeiter, die zwei Zimmerer von dem Bauunternehmer Baumgärtner forterben. „Arbeitsstand und Entschädigungsgründe“ des unter dem Vorwort des Herrn Feld gefällten Urteils lauten:

Die Kläger fordern rückständigen Lohn. Der Beklagte bestreitet die Rückständigkeitsforderung und führt an, daß sein Vorgesetzter die Kläger nach eigenem Ermessen angenommen und ausgelohnt habe. Er selbst habe sich weder um die Annahme der Arbeiter noch um die Lohnsätze gekümmert. Die Kläger gestehen dies zu.

Zu einem Arbeitsverhältnis zwischen Parteien fehlt sowohl eine Vereinbarung unter ihnen als auch auf Seiten des Verklagten das wichtigste Moment, das Risiko aus dem Lohnverhältnis. Dies hatte er auf den Kläger abgewälzt (sich), der seinerseits sehen mußte, daß er für die ihm zugewandten Arbeitsleistungen hinreichend billige Arbeit erhielt, um zu einem Lohnüberschuß zu kommen. Den Arbeitern gegenüber war deshalb der Vorgesetzte „Unternehmer“, nicht Angefallener des Verklagten. Die vom Verklagten erfüllten Sozialversicherungspflichten haben mit dem Lohnverhältnis keine zwingende gemeinsamen Gesichtspunkte und können sehr wohl der „Einfachheit“ halber übernommen sein. Die Klage war also abzuweisen. Der Kostenpunkt ist nach §§ 53, 59 G. O. G. O. geregelt.

Die Gänsefüßchen sind Original. Ein Umland, der das Urteil noch obenrein als geradezu ironisch erscheinen läßt. Denn die Gänsefüßchen vertragen, daß das Gericht die Ueberzeugung gehabt hat, daß es dem eigentlichen Unternehmer nur darauf ankam, das „Risiko“ von sich abzuwälzen. Gegen dieses Urteil wurde für einen der Kläger der Weg der Restitutionsklage versucht, die wir zur weiteren Beleuchtung des Falles hier wiederholen wollen:

Gegen nebenbezeichnetes Urteil führe ich hiermit auf Grund § 55 Abs. 3 G. O. G. O. u. s. w. Beschwerde und beantrage Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Zur Begründung gestalte mir anzuführen, daß das Gewerbegericht bei Fällung des angefochtenen Urteils sich in einem wesentlichen Rechtsirrtum befunden haben muß, denn es ist festgestellt: 1. daß der Beklagte, Baumgärtner, unsere Papiere an sich genommen; 2. uns, wie jeden anderen seiner Arbeiter, in seinen Lohnlisten geführt; 3. uns, gleich seinen übrigen Arbeitern, auf seinen Namen bei der Krankenkasse angemeldet; 4. daß der, von dem Gericht trotz dieser evidenten Beweise als Arbeitgeber angegebene Arbeiter in einem effektiven Lohn- resp. gewerblichen Arbeitsverhältnis stand, an dem auch nichts während der angeblich in Affidavit übernommenen Arbeit durch den Vorgesetzten geändert wird.

Den Vorgesetzten unter solchen Umständen als den eigentlichen Arbeitgeber zu erklären, würde in der Praxis zur Folge haben, daß dem berichtigten sogenannten Strohmannenwesen für und Tor geöffnet würde. Im übrigen erbringe ich in der Anlage einen Beweis, der nach Maßgabe des hier zur Anwendung kommenden § 580 Abs. 7 b. P. O. allein schon hinreichen würde, die Restitutionsklage zu rechtfertigen. Es ist dies die sogenannte „Abwehr“, in welcher sich der Beklagte, Baumgärtner, in aller Form als Arbeitgeber bekennt.

Ich bitte, aus alledem, meiner Beschwerde stattzugeben und bitte insbesondere um tunlichste Beschleunigung, da ich in Kürze in das Meer eintreite.

(Unterschrift.)

Es wurde auch — wider Erwarten in diesem Falle — eine mündliche Verhandlung anberaumt, und zwar hatte der Stellvertreter des Herrn Feld die Ehre, dieselbe zu leiten. Hier das Urteil:

Die Klage wird als unzulässig verworfen und der Kläger verurteilt, die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Katzenband und Entscheidungsgründe. Durch rechtskräftiges Urteil vom 6. August 1903 ist der Kläger mit seiner Klage auf rückständigen Lohn mangels Nachweises der Rückständigkeitsforderung abgewiesen. Er hat gegen dieses Urteil frist- und formgerecht unter Vorlegung eines angeblich vom Beklagten ausgestelltem Abrechnungsprotokoll vom 14. Juli 1903 gemäß § 680 Abs. 7 b. P. O. die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt. Da aber der Abrechnungsprotokoll dem Kläger nach eigener Angabe bereits am Tage der Ausstellung ausgestellt, von ihm auch bereits im vorhergehenden Verfahren benutzt ist, so war gemäß § 580 P. O. wie gesehen zu erkennen. Die Kosten hat der Kläger gemäß § 26 G. O. G. O. und § 91 P. O. zu tragen.

Das Urteil schon zur Zeit der ersten Verhandlung im Besitze der Akte war, somit dieselbe, streng genommen, nicht als eine Urkunde im Sinne eines Wertzeuges zur Wiederaufnahme des Verfahrens gelten konnte, war uns allerdings bekannt. Aber es kam uns eben in diesem Falle darauf an, wenn möglich eine erzieherische Wirkung zu erzielen, um wenigstens für die Zukunft solchen Urteilen vorzubeugen. Diese Hoffnung hat sich leider als trügerisch erweisen, und so ist es kein Wunder, wenn sich eine gewisse Sorte von Arbeitgebern saumwoll unter dieser Spruchpraxis fängt.

Die Figura zeigt, kann auch die in sozialrechtlicher Beziehung hochbedeutende Einrichtung der Gewerbegerichte den Arbeitern mehr zum Fluch, als zum Segen werden, wenn der Vorgesetzte nicht den elementarsten Anforderungen entspricht, die dieser Kosten erfordert. Derartige Vorkommnisse sind aber im Ruhegebiet noch ziemlich viel gesät.

Polizei und Gerichte.

Ein Mitarbeiter ist der Maurer Josef Ramin in Wien, der sich kürzlich vor der dortigen Strafkammer wegen schwerer Körperverletzung zu verantworten hatte. Er ist bereits mehrfach wegen des gleichen Deliktes, einmal mit zwei Jahren Gefängnis, bestraft. Eine längere Zeit spielte er sich als ein eifriges Verbandsmitglied auf und beliedete auch im Zweigverein Rosen den Posten eines Hilfskassierers. Hier hielt er jedoch keine reine Hand und wurde dann vom Zweigvereinsvorstand wegen Unterschlagung zur Anzeige gebracht und auch mit einer Freiheitsstrafe bestraft. Nur wurde er natürlich sofort wieder ein Mensch mit guter Gesinnung, ein Gegner aller sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Anschauungen. Während des letzten Maurerstreiks stand er in den Reihen der Arbeitswilligen und suchte seinen ehemaligen Kollegen nach Möglichkeit zu schaden. Das hinderte ihn aber nicht, am 11. August d. J. in der Kaiserlichen Delegation in der Halbbohrstraße die im Zentralverbande organisierten Maurer Wolf und Taedling um einen Schnaps auszulohnen. Selbstverständlich wollten diese mit dem Streikbrecher keine Sanktionsgemeinschaft mehr antreten und waren ihm zum Ueberflusse die auf die begangenen Unterschlagungen bezügliche Bemerkung „Krautkassiermacher“ an den Kopf. Eine solche Erinnerung an das begangene Verbrechen war weder nach dem Geschmack des Angeklagten, noch des in seiner Begleitung befindlichen Schwagers, der dem Taedling eine Ohrfeige versetzte, während Angeklagter sich den Wajal vornahm. Inebellens machte der Schenker den weiteren Angriffen ein jähnelles Ende, indem er die beiden Angreifer an die frische Luft beförderte. Dies war natürlich wieder nicht nach dem Geschmack der beiden. Als Wolf und Taedling friedlich ihren heimlichen Penaten zutreiben, wurden sie von Ramin dem Wajal einen nicht ungefährlichen Stich an der linken Kopfhälfte bei, sowie eine kleinere Schnittverletzung an der rechten Hand. Für diese grundlose Rohheit belegte heute das Gericht den Angeklagten mit einer entsprechenden empfindlichen Strafe. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Als besonderes Weihnachtsgeschenk gewährte das Gericht dem Angeklagten sofortige freies Unterkunft und Verpflegung im Gefängnis.

*** Ein verkommenes Subjekt** von einem Streikbrecher, der schon in zahlreichen Streiprozessen in Wienberg als Denunziant und Kronzeuge aufgetreten ist und auf dessen Aussage hin schon mancher Streikende verurteilt wurde, hat jetzt die verdiente moralische Abschlagung erfahren. Der Maurer Graffer hatte bei einer Vernehmung in einer anderen Streikfache dem Staatsanwalt ungeratet erzählt, er habe gesehen, wie der Steinbauer Schmidt, ein Streikfeind, seinem eigenen 70jährigen Vater auf der Straße ins Gesicht geschlagen und ihn als Streikbrecher, alter Lump usw. beschimpft habe. Der Staatsanwalt veranlaßte das weitere, und die Folge war, daß Graffer wegen Vergehens gegen § 153 angeklagt wurde. In der ersten Verhandlung erwichen der Kronzeuge Graffer nicht, weshalb er in eine Ordnungsstrafe genommen wurde. In der neuerlichen Verhandlung stellte sich heraus, daß die ganze Geschichte erlogen ist. Der alte Schmidt, der mit seinem Sohne in Feindschaft lebt, erklärte als Zeuge, daß er seinen Sohn während des ganzen Streiks überhaupt nicht gesehen habe: Nun mußte der Denunziant freihin, er erklärte kleinlaut, daß er gesehen habe, wie jemand vor dem alten Schmidt auf den Boden stürzte, ob das der junge Schmidt gewesen sei, wisse er nicht genau. Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung und Wiederverbüßung der Kosten auf den Denunzianten. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, wegen der Kosten erklärte es, daß diese aus gesetzlichen Gründen nicht dem Graffer aufgelegt werden könnten, weil die Anzeige nicht direkt gemacht worden sei, sondern nur als Mitteilung in einer anderen Sache. — Solche Burlesken, wie dieser Graffer, gibt es unter den Streikbrechern viele.

Verchiedenes.

*** Wie es dem Maurer in unseren Kolonien gehen kann.** In der Zeitschrift „Der Türmer“ ist zu lesen:

„Ein medlenburgischer Mauerersohn kam nach Wittenburg. Ständeburteile beengten nicht seinen Horizont. Ehrlich verdiente er sein Brot als Maurer. Aber er hatte keine Stelle, wo er sein Haupt hinlegen konnte. Auf einem kleinen Hügel beschloß er sich ein Häuschen zu bauen. Vom

Tage gehörten ihm nur die brennend heißen Mittagsstunden und die kühlen Mondschneenächte. Weide hermannte er zu seinem Hausbau. Es dauerte zwar lange, aber geduldige, gütige Ausdauer brachte das Haus unter Dach. Der Besitzer war stolz auf sein Häuschen. Es war der erste Schritt vorwärts. Doch die Freude dauerte nicht lange. Er wurde bald gezwungen, das Haus abzugeben, weil der Platz zu dem Gebiete des neuen Bagareits gehörte. Bald sah der junge Medlenburger in einem Felde und hatte Zeit und Muße, über den erziehlischen Einfluß schändlicher Vessorenweisheit nachzudenken. Über dieser lustigen Aufenthaltort war für die Dauer nicht für ihn bestimmlich. Er bekam einen langen, harten Niesenfall, der nicht nur seine mühsam erungenen Ersparnisse verzehrte, sondern ihn auch an den Rand des Grabes brachte.“

Das ist eine überaus erbauliche Geschichte; aber daß derartige Dinge in unseren Kolonien durchaus nicht selten sind, zeigt folgende Notiz, die in demselben Blatte zu finden ist:

„In Ostafrika hatte sich ein Anstiebler einen Wagen aus Europa kommen lassen. Dieser Wagen ging dem Bezirksamtmann über die Guckstirn. Eine Verfügung verbot weiterhand das Fahren mit Wagen auf den Stationswegen.“

Und da wundern man sich über unsere kolonialpolitischen Mißgeschicke!

*** Das Wachstum der Erdbevölkerung.** Einen äußerst interessanten und belehrenden Ueberblick über den sozialen Fortschritt der zivilisierten (weißen) Nationen bietet ein statistischer Auszug, der in Form eines Almanachs veröffentlicht worden ist. Wir erleben daraus, daß innerhalb der letzten zehn Jahre die Bevölkerungszahl der hauptsächlichsten weißen Nationen der Welt um 68 000 000 Personen zugenommen hat. Im Jahre 1895 schätzte man die Bevölkerung der Erde auf 806 000 000, während sie jetzt auf 750 000 000 geschätzt wird. Die Bevölkerungszahlen der einzelnen Länder werden nachstehend angegeben:

	1895	1905
Australien	125000000	141200000
Vereinigte Staaten	68934000	83143000
Deutschland	52279000	60665000
Japan	42271000	47975000
Großbritannien	39221000	43221000
Frankreich	38409000	39000000
Italien	31296000	33044000
Oesterreich-Ungarn	43228000	43355000
Ungarn	18257000	20114000
Spanien	18157000	18900000
Stehere Nationen	47732000	54168000

Die Statistik der Lebensdauer der Menschen in den einzelnen Ländern bietet ein interessantes Bild. Rußland nimmt die höchste Geburtsziffer in Anspruch, nämlich 49 pro Tausend der Bevölkerung; dem gegenüber steht aber auch die höchste Sterbeziffer, nämlich 31 pro Tausend. Die niedrigste Geburtsziffer besitzt Frankreich mit 21 pro Tausend der Bevölkerung, und wenn die hohe Sterbeziffer von 19,6 pro Tausend in Betracht gezogen wird, so erklärt sich die niedrige Zunahme in der Bevölkerung. In Spanien, Italien, Oesterreich, Ungarn und Japan stehen die Geburtsziffern über 32 pro Tausend der Bevölkerung, während die Sterbeziffern Veränderungen aufweist. Am niedrigsten ist sie in Japan mit 20 pro Tausend und am höchsten in Spanien mit 25,8. Dänemark erreicht sich mit 13,9 pro Tausend der Bevölkerung der niedrigsten Sterbeziffer, und da die Geburtsziffer auf 28,5 steht, so kann man es um seine Zunahme in der Bevölkerung beneiden. Die Sterbeziffer im Vereinigten Königreich ist 16,5 pro Tausend, während jedoch die Geburtsziffer allmählich auf 27,6 gefallen ist. Im allgemeinen genommen herrscht die größte Lebensdauer im Osten Europas.

London ist noch immer die einzige Stadt, die sich einer Bevölkerung von über 4 000 000 Menschen rühmen. Newyork steht an zweiter Stelle, wie die nachfolgende Tabelle ergibt:

	Bevölkerung
Bombay	4 872 710
Newyork	3 437 000
Paris	2 974 000
Berlin	2 040 000
Losio	1 819 000
Chicago	1 699 000
Wien	1 675 000
Bombay	1 294 000
St. Petersburg	1 286 000
Moskau	1 039 000
Buenos Aires	1 026 000

Die Staatsschulden der neun bedeutendsten zivilisierten Nationen erreichen die Höhe von 4 000 000 000 Pfund Sterling (M. 80 000 000 000). Frankreich steht oben mit 1 038 379 000; es folgt England mit 796 736 000; die Reihenfolge der übrigen ist: Rußland 747 518 000, Italien 517 247 000, Oesterreich 386 480 000, Vereinigte Staaten 296 222 000, Ungarn 226 343 000, Deutschland 161 314 000, Belgien 126 188 000. Rußland gibt für Staatszwecke pro Kopf der Bevölkerung weniger als 2 Pfund Sterling aus. Am kostspieligsten arbeiten: England, Frankreich und Oesterreich-Ungarn mit mehr als 8 Pfund Sterling pro Kopf. 1 Pfund Sterling = M. 20.

Mutierlich.

Von Adolf Glashöbner.
Täglich zehnmal beten
Und Wibelspriech im Maul,
Konst hab ich nichts von nütten,
Bin ganz erschrocken faul.
Ich war ein armer Schluder,
Hatt' kaum das liebe Brot,
Da wurde ich ein Muder:
Nun hat es keine Not!

Bei jeder neuen Sitzung.
Die uns're Bande hält,
Da wird mir Unterstützung
Durch bares, blankes Geld.
Dah ich bin fromm geworden,
Hat mir doch sehr getrommt.
Vielleicht, daß noch ein Ordent
Wir in das Knopfloch kommt.

Den Kopf gesenkt zur Erde
 Geh' ich des Morgens aus;
 Mit heuchelnder Gebärde
 Ere' ich ins Kaffeehaus,
 Trink' Wasser dort mit Zucker
 Und werde frömmel an:
 Sein Mensch ach, was ein Muder
 Zu Hause lausen kann!

Zu hohem Bins verleiht' ich,
 Was ich beim Muder'n spar',
 Und meine Seele weis' ich
 Herrn Jesu immerdar,
 Und den Gewinn notier' ich
 Am frommen Kiedertisch;
 Auf diese Weise führ' ich
 In Frieden mein Geschäft.

Des Abends im Theater
 Sitz' ich mit gierem Sinn,
 Und schmunzle wie ein Vater
 Nach jeder Zängerin;
 Mit meinem Obergücker
 Schau ich nach Wad und Brust!
 Ach, lieber Gott, ein Muder
 Hat auch so seine Lust!

Dann schleich' ich still zur Klaus',
 Da wo mich niemand sieht,
 Und nach dem Abendmahle
 Sing' ich ein frommes Lied,
 Nicht laut: ein heiliger Schatte,
 Von Jesu Glanz und Ehren!
 Derweilen mach' mein Beten
 Die kleine Köchin schon.

Ich preise die Negierung,
 Ich finde alles gut,
 Ich fluche der Verführung
 Durch jeghe Freiheitsbrut:
 So leb' ich armer Arbeiter
 Ganz heiter, Gott sei Dank!
 Und das Geschäft als Muder
 Treib' ich mein Leben lang!

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 14 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Wilows Wahlparole. — Die Situation des Reiches. Von K. Kautsky. (Fortsetzung). — Zur Reform der Arbeiterversicherung. Von Otto Braun. — Die Sozialpolitik im Reichstag. Von Gustav Hoch. — Der erste internationale Kongress zur Befämpfung der Arbeitslosigkeit. Von Dr. Robert Michels. — Literarische Rundschau: Anton Meinger, Volkspolitik. Von R. Silberding. Josef Viktor b. Schepfels Briefe an Schwanitz. Von Hermann Wenkel.

Die „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 1 des 17. Jahrgangs.

Die „**Gleichheit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 \mathcal{A} , durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 \mathcal{A} , unter Kreuzband 85 \mathcal{A} . Jahresabonnement \mathcal{M} 2,60.

„**Migräne und sonstige Kopfschmerzen**, deren Ursachen, naturgemäße Behandlung und sicherste Vorbeugung.“ Von Dr. med. Ladisl. Pazdovskí. (Preis 50 \mathcal{S} .) Verlag von Edmund Demme, Leipzig.

Zu den pelklichsten Gesundheitsstörungen, welche dem Menschen die Freude am Leben und alles Lebensglück ganz berauben können, gehört ohne Zweifel das unter den Kulturmenschen leider so sehr verbreitete Uebel zeitweiligen oder andauernden Kopfschmerz. Nur zu häufig ist Kopfschmerz ein sicheres Zeichen langsame, nicht genügend beachteten Hirnleiden. Aufklärung über richtige Gesundheitspflege, wie sie vorliegende kleine Schrift in kurzer, knapper Form gibt, ist das sicherste Mittel zur Verhütung und möglichen Beseitigung des Uebels.

Der „**Wahre Jacob**“ Nr. 1 des 24. Jahrgangs. Das sozialdemokratische Weltblatt führt sich im neuen Jahr mit trefflichen Illustrationen und scharfer Satire ein. Das Titelbild „Zur Reichstagswahl“ stellt den Sozialismus dar, wie er mit Schwert und Schild den von Verborgenen geleiteten „Reichsadel“ von den Wüsten Afrikas abwehrt. — Der „Streit der Wölfe“ im Schlußbild ist eine erklärende Anlage gegen die Grueltaten der russischen Gewalttäter, die in der Befämpfung der Revolution selbst vor dem Kindermord nicht zurückstehen.

Briefkasten.

Veranstaltungsanzeigen kamen zu spät von Kruswalde, Ritterfeld, Logan, Grafke und Kranenlosse in Zehdenick. Kopiere hat bei der Expedition ein Gutachten von 20 \mathcal{A} .

Wreslau, G. W. Es ist uns absolut unmöglich, den „Grundstein“ u. d. f. weiter zu expandieren. Wir nehmen aber auch an, daß nicht der geringste Grund zur Klage vorliegen kann, wenn Sie die Zeitungen regelmäßig Donnerstags Abend erhalten. Wenn das noch nicht früh genug ist, dann bleibt uns weiter nichts übrig, als das Manuskript nach Wreslau zu schicken und Ihre Zeitungen dort bruden zu lassen. Überlegen Sie sich das mal.

Sirschberg-Cummersdorf, F. H. Den Bericht können wir nicht verwenden, da die Sache doch schon etwas zu alt ist.

Thorn, Z. A. Den Veranlassungsbericht können wir nicht gebrauchen, da das Papier auf beiden Seiten beschriebener ist. Das sollte doch nun bald jeder Schriftführer wissen, daß das zu Berichten verwendete Papier nur auf einer Seite beschreiben werden darf.

Waltersdorf, W. B. Sie dürfen den Nachbar die Fenster nicht zubauen, da es nach § 907 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht statthaft ist, Anlagen zu errichten oder zu unterhalten, die eine unzulässige Einwirkung auf das Nachbargrundstück ausüben.

A. C. 100. Wenn wir Ihre fünf Fragen beantworten sollen, so sind Sie wohl so freundlich und nennen uns Ihren Namen. Anonyme Anfragen wandern in den Papierkorb.

Frankenhäuser, A. Kyffhäuser, Ad. B. Veranlassungsanzeige kam zwei Tage zu spät.

Donaubrid, K. J. Wir haben aus Ihrem Bericht eine Veranlassungsanzeige gemacht und wollen an dieser Stelle die Kollegen nochmals auf die Wichtigkeit des Veranlassungsbesuchs aufmerksam machen. Die Aufforderung an die Kaffeehäuser hatte doch keinen Zweck, da sie den „Grundstein“ doch nicht eher lesen können, ehe sie ihn abgeholt haben: Hoffentlich geht's so auch.

Miteneffen, W. W. Spanische Wörterbücher sind durch jede bessere Buchhandlung zu beziehen.

Burg, K. E. Sterbeanzeige kam zu spät, um noch aufgenommen werden zu können. Es ist doch genügend bekannt, daß Sterbeanzeigen innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode hier sein müssen.

Stankow, S. A. 1 ist natürlich falsch; es soll heißen § 91.

Schörschauer, A. J. Der Schwundel von Jugoslawien ist schon in der vorigen Nummer richtig gestellt; wenn die verblödeten Kriegsverdrückten noch damit freiden gehen, so ist es eben ganz gemüthlicher hurrapantastischer Humbug. Als Dämpfer für diese Verblödeten empfehlen wir folgende Notiz, die wir einer Königsberger Zeitung entnehmen:

Ein Leinwand der Krefelder besitzt im Kreise Graubenz ein Gut. Als die hochschwangeren Frau eines Inftammes dem Herrn erklärte, sie könne nicht mehr arbeiten, antwortete er: „Ich habe Euch ja nicht den vollen Wachs gemacht, los an die Arbeit!“ Dann stellte er der Frau eigenhändig die Arbeit in einem hohen Maße der Schiene zu. Eine andere Frau war gleichfalls hochschwanger und erwartete jede Stunde ihre Niederkunft. Trotzdem mußte sie Kartoffeln schleppen, obwohl sie schreitend da, man möge sie von der Arbeit entbinden. Doch man schenkte ihr kein Gehör. Auf einmal schrie sie auf; sie hatte ihre Zwillinge erdrückt. Auf die Hülfserufe ihres Gemannes ließ man die Kreishebamme und den Arzt holen. Dieser stellte fest, daß die Kinder im Leibe der Mutter todtgebirt waren. Als die Gebärerin die Weihin des Gutes um etwas Bröde für die Schwertante bat, erklärte die gemüthlose Frau: „Für die Säue, die so viel ferkeln, gibt es nichts, und wenn sie gleich liegen bleiben.“ Da man kein Brot zu Hause war und der Herr keines gab, war der Mann genöthigt, im Dorfe um Brot zu bitten. Wiltelbige Frau schenkte ihm auch einige Nahrungsmittel. Die oben erwähnte Weihin äußerte sich noch folgendermaßen über die Landarbeiterinnen: „Die Säue haben schon wieder getragen. Sie ferkeln wie die Säue und geben Wälge wie eine Zigeunerbande.“

Den Kommentar dazu können Sie selber machen.

Anzeigen.

Alle Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbefafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Todeben Mitteilung gemacht wird. Die Beile steht 15 \mathcal{A} .)

Berlin (Sektion der Bager.) Am 30. Dezember farb unser Mitglied **Wilhelm Zacharias** im Alter von 64 Jahren an Magenkrebs.

Bremerväven. Am 30. Dezember farb unser Kollege **Wilhelm Domyer** aus Spaden im Alter von 47 Jahren. Am 1. Januar farb der Kollege **Heinrich Lindenkamp** im Alter von 56 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Dresden. Am 25. Dezember farb nach langem Krankenlager unser langjähriges Mitglied **Heinrich Schauer** im Alter von 38 Jahren an der Proletarierkrankheit. Am 25. Dezember farb unser langjähriges Mitglied **Hermann Lucius** aus Reichenberg nach kurzem, schwerem Krankenlager im Alter von 28 Jahren im Stabkrankenhaus zu Dresden an Typhus. Am 1. Januar farb der Kollege **Hermann Schmielgen** aus Wilschdorf im Alter von 33 Jahren an Bauchfellentzündung.

Elbing. Am 27. Dezember farb unser Mitglied **August Müller** im Alter von 28 Jahren an Lungenerkrankung. Er war ein treuer Kollege unseres Zweigvereins.

Erfurt. Am 24. Dezember, Abends 10 Uhr, ist unser Kollege **Robert Biege** im Alter von 55 Jahren nach langem Krankenlager an der Gelbsucht verstorben.

Wittich. Am 21. Dezember farb im Hospital der Darmbergischen Brüder zu Wreslau unser Verbandskollege **Johann Heider** im besten Mannesalter von 34 Jahren an Tuberkulose.

Wreslau. Am 30. Dezember farb unser treues Verbandsmitglied **Johann Waag** an Winterfaltung im Alter von 69 Jahren. Er war Mitbegründer des Zweigvereins Wreslau.

Wiesbaden (Zahlstelle Sonnenberg.) Am 17. Dezember farb nach langer, schwerer Krankheit unser treues Mitglied **Heinrich Schliek** im Alter von 52 Jahren.

Zehdenick. Am 14. Dezember farb unser Kollege **Newes** im Alter von 67 Jahren an Magenleiden. Ehre ihrem Andenken!

Gross-Neuendorf.

Beiträge werden von jetzt ab in den Zahlstellen an den Sonntagen vor dem 1. und 15. eines jeden Monats von 8 bis 11 Uhr, in Gross-Neuendorf an den Sonntagen nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Veranlassungslokal von 9 bis 11 Uhr entgegengenommen. Außer dieser Zeit werden Beiträge nicht mehr angenommen. [A. 270] Der Vorstand.

Grünberg i. Schl.
 Die Adresse des jetzigen Kaffeehaus ist: **Gottlieb Hoffmann, Wöstenz 2a.** [A. 1,20]

[A. 1,80] **Strassburg i. Els.**
 Unter Bureau befindet sich von jetzt ab: **Schlossergasse 21, Hof, par.** Es ist geöffnet von 9 bis 1 Uhr Vormittags und 8 bis 7 Uhr Abends. Sonntags von 9 bis 11 Uhr Vormittags. **Karl Volgt, Vertrauensmann.**

Der Kollege **Christian Theibach**, zuletzt in Charlottenburg, wird gebeten, seine jetzige Adresse dem Kaffeehaus der Zahlstelle **Solzweide, Wessl., Otto Strobach**, mitzutheilen. [A. 1,20]

Stassfurt.

Gesucht von seiner Mutter wird der **Maurer Wilh. Rasche**, geb. zu Stahfurt am 4. April 1864. Seine Adresse ist sofort dem Zweigverein in Stahfurt, Fr. Nessler, Michaelisstraße 6a, oder seiner Mutter, **Lisette Rasche, Wwo., Leopoldshalt-Stahfurt, Klarstr. 8, zu übermitteln.** [A. 2,10]

Rohr i. Th.

Der Zweigverein feiert **Sonntag, den 13. Januar**, sein **Wintervergnügen**. Die Kollegen aus der Umgegend werden hierzu eingeladen. **Anfang 3 Uhr.** [A. 2,40] **Der Vorstand.**

Driesen.

Sonabend, den 19. Januar, Abends 6 Uhr:
 • **Wintervergnügen** •
 bestehend in Theater und Ball.
 Alle Kollegen von Driesen und Umgegend mit ihren Familien sind hierzu freundlich eingeladen. [A. 3]

Veranstaltungs-Anzeiger.
 Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu bezeichnen.

Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonabend, den 12. Januar.
 Abends 7 1/2 Uhr. Delegiertenwahl zum Verbandsstg. Vorstands- und Zahlstellenwahl.
Sonntag, den 13. Januar.

Delitzsch. Nachm. 3 Uhr im „Waldhof“. Wäherausgabe.
Glogau. Vorm. 11 Uhr im „Ratstetter“. Wichtige Tagesordnung.
Granssee. Nachm. 3 Uhr im „Franken Hof“. Wichtige Tagesordnung zum Verbandsstg. und Kassenbericht von vierem Quartal.
Graudenz. Nachm. 2 Uhr Generalversammlung im „Gerechtigkeits“, Langestraße 16.

Grünberg i. Schl. Nachm. 3 Uhr im „Thomaskirche Hofe zu Grünberg. L. D.: Neuwahl des Vorstandes. Mitgliederwahl mitbringen.
Gross-Neuendorf. Nachm. 2 Uhr im „Kreuzhof“. Wichtige Tagesordnung. Rechnung und Delegiertenwahl zum Verbandsstg.
Marientorf-Tempelhof. Nachm. 2 Uhr Generalversammlung bei S. Reichardt.
Mittelsdorf. Nachm. 3 Uhr im „Kreuzhof“. Wichtige Tagesordnung. Rechnung und Delegiertenwahl zum Verbandsstg.
Mommelsdorf. Nachm. 2 Uhr im „Kreuzhof“. Wichtige Tagesordnung. Rechnung und Delegiertenwahl zum Verbandsstg.
Neusalz. Nachm. 11 Uhr. L. D.: Wichtige Tagesordnung. Neuwahl des Vorstandes. Wahl von Delegierten zum Verbandsstg.
Neustadt a. d. Orla. Nachm. 3 Uhr im „Kreuzhof“. Wichtige Tagesordnung.
Osnabrück. Nachm. 11 Uhr Generalversammlung bei Eder. Müller. Hofhofstraße 14. Wichtige Tagesordnung. Vorstandswahl ufo.

Pforzheim. Nachm. 10 Uhr im „Kreuzhof“. L. D.: Vorstandswahl.
Salzweide. Nachm. 3 Uhr im „Burkhardts Hof“. Wichtige Tagesordnung. Rechnung und Delegiertenwahl zum Verbandsstg. und Kassenbericht.
Stadtildendorf. Bei Wante, Wantehof.
Zehdenick. Nachm. 3 Uhr bei Wante. L. D.: Bericht des Vorstandes und Neuwahl des Vorstandes. Wahl des Delegierten zum Verbandsstg.

Montag, den 14. Januar.
Trebitzsch. Nachm. 6 Uhr beim Gastwirt Herrn. Sehl. Vorstandswahl und Abrechnung vom 4. Quartal.

Mittwoch, den 16. Januar.
Berlin (Sektion der Wips- und Remontierwerk.) Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 16 (großer Saal) Generalversammlung. L. D.: Wahl der Delegierten zum neunten Verbandsstg.
Berlin-Steglitz. Abends 8 Uhr bei Kramer, Wartenstr. 1. Außerordentl. Generalversammlung. L. D.: Delegiertenwahl zum Verbandsstg. Vorstandswahl.

Sonntag, den 20. Januar.
Allstedt. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum Anker“. L. D.: Vorstandswahl.
Jessen. Nachm. 3 Uhr Besprechung in der Wohnung des Kollegen August Thiele in Graba. Wäher mitzubringen.
Unterwiesbach. Nachm. 3 Uhr im Gasthaus „Zur Sonne“ in Wittenbach. L. D.: Vorstandswahl.
Waldheim. Nachm. 2 1/2 Uhr im Restaurant Wittenberg.

Werdau. Nachm. 3 Uhr in der „Heuerlager“.

Sonntag, den 27. Januar.
Cöln. Vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Severinstr. 109. Generalversammlung. L. D.: Jahresbericht. Abrechnung vom vierten Quartal. Befragung der Wahl des Vertrauensmannes und Kaffeehaus. Mitgliederwahl mitzubringen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer ufo.
Sonntag, den 13. Januar.
Driesen. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal. L. D.: Vorstandswahl.
Granssee. Nachm. 3 Uhr bei Frank. L. D.: Abrechnung vom vierten Quartal. Vorstandswahl. Besprechung einer wichtigen Angelegenheit.

Montag, den 14. Januar.
Fürstenwalde. Abends 8 Uhr in der Zentralfesthalle. L. D.: Neuwahl der Verwaltung.

Sonabend, den 26. Januar.
Spandau. Abends 8 Uhr bei Böde, Kneumelstr. 5. L. D.: Abrechnung v. vierten Quartal. Neuwahl der Vert. Verwaltung. Verschiedenes.

Drucl: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.